Nr. 393 . 18.10.1996

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2,50 DM



Heute:

Feuernacht
in Friedrichshainer Autos

Antifademo
in Moabit

Wurzen
für das Ende faschistischer Zentren

Im Knast
Italienische AnarchistInnen

AttentäterInnen
und Spezialbrillen

und vieles mehr

Vorwort:
Nicht nur bei der Bahn herrscht Chaos (dort schlug zur Abwechslung am Wochenende der Computer zu), sondern auch bei uns klappt nicht immer alles. Letzte Woche wurde die Ausgabe nicht an alle Infoläden verschickt und bei einigen Großkunden mußte gekürzt werden, weil schlicht zu wenig Zeitungen da waren. Sorry! Eventuell bekommen die Infoläden sie noch nachgeschickt.
Aus München und Wien erreichte uns eine neue Zeitschrift, die „Erste Hilfe". Ein gelungener Versuch, ansprechendes Layout und spannende Inhalte zusammenzubringen. In der ersten Nummer geht es u.a. um Abschiebungen, Stadtbetrachtungen zu München und Wien, die „radi", die „Goldenen Zitronen", Birgit Hogefeld und die RAF, Neoliberalismus, und vieles mehr. Adresse siehe Anzeigenseiten.

Ziel	Gleis	Hinweis
STUTTGART	8	etwa 50 Min. später
MANNHEIM	18	etwa 40 Min. später
WORMS	1	etwa 20 Min. später
MÜNCHEN	8	etwa 20 Min. später
WÄCHTERSBACH	5	etwa 15 Min. später

Inhalt:

Ordner:
ca. 40 Seiten Goldhagen-Debatte
4 Seiten Nachrichtenbulletin „Türkei & Kurdistan"
Brief von Marco Camenisch aus dem Knast in Novarra
2 weitere Einladungen zum Tierrechtscafe
Was zu den CCC (Belgien) auf französisch
4 Seiten Collagen

Impressum
Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
Redaktionsanschrift: ebenda
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Warum ging bei der Bahn nichts mehr?

Am Wochenende war der Bahnverkehr erheblich gestört, weil das elektronische Stellwerk in Wannsee ausgefallen war. Die Züge hatten zum Teil stundenlange Verspätungen. Klaus Kurpjuweit fragte Marlene Schwarz nach den Ursachen.

TAGESSPIEGEL: *Was war denn los?*

SCHWARZ: Wir hatten am Sonntag eine technische Störung im elektronischen Stellwerk in Wannsee. Davon waren sowohl der Fernverkehr als auch der Regionalverkehr beeinflußt. Die Störung ist gegen 6 Uhr morgens aufgetreten, und die Techniker konnten sie gegen 10.25 Uhr beseitigen. Ab diesem Zeitpunkt konnten wir den Zugverkehr wieder aufnehmen. Die Störung war gegen 11.50 Uhr endgültig beseitigt, und der Zugverkehr lief gegen 14 Uhr wieder planmäßig.

TAGESSPIEGEL: *Was war denn die Ursache dieser Panne?*

SCHWARZ: Der Computer war durch eine technische Störung ausgefallen. Dadurch war ein Zugverkehr auf dem Streckenabschnitt ab Grunewald über Wannsee bis Griebnitzsee nicht mehr möglich. Wir haben einen Teil der Züge auf andere Strecken umgeleitet, zum Beispiel über Lichtenberg. Auch 14 schnell fahrende Züge mußten umgeleitet werden, darunter ICE, IC und EC. Es gab leider auch Zugausfälle und vor allem auch Teilausfälle, d.h., daß Züge nicht bis zum Endbahnhof gefahren sind, zum Beispiel bei der Regional-Expreß-Linie 1 von Berlin nach Magdeburg, wo die Züge statt im Bahnhof Zoo bereits in Potsdam endeten, beziehungsweise begannen. Die Reisenden wurden mit der S-Bahn weiter befördert. Dies hört sich alles sehr einfach an, ist aber in der Praxis nicht in fünf Minuten erledigt.

TAGESSPIEGEL: *Wieviele Züge waren betroffen?*

SCHWARZ:Es waren im Fernverkehr 24 Züge, darunter zum Beispiel die IC-Linie 8 Hamburg–Berlin–München. Im Regionabereich waren u.a. die Regionalbahn 11 von Dessau und die Regionalbahn 21 von Nauen/Hennigsdorf nach Griebnitzsee betroffen.

TAGESSPIEGEL: *Wie funktionierte die Information an die Fahrgäste?*

SCHWARZ: Die Information unserer Reisenden erfolgt in den Bahnhöfen, bei der Auskunft und über Lautsprecher. Darüberhinaus haben unsere Zugbegleiter in den Zügen die Reisenden informiert.

TAGESSPIEGEL: *Können solche Ausfälle künftig vermieden werden?*

SCHWARZ: Gegen technische Ausfälle ist niemand gefeit. Technik sollte sicher sein. Wir lassen zur Zeit feststellen, worauf der Ausfall

Berlin

Feuer-Nacht: Drei Nobel-Autos brannten wie Fackeln

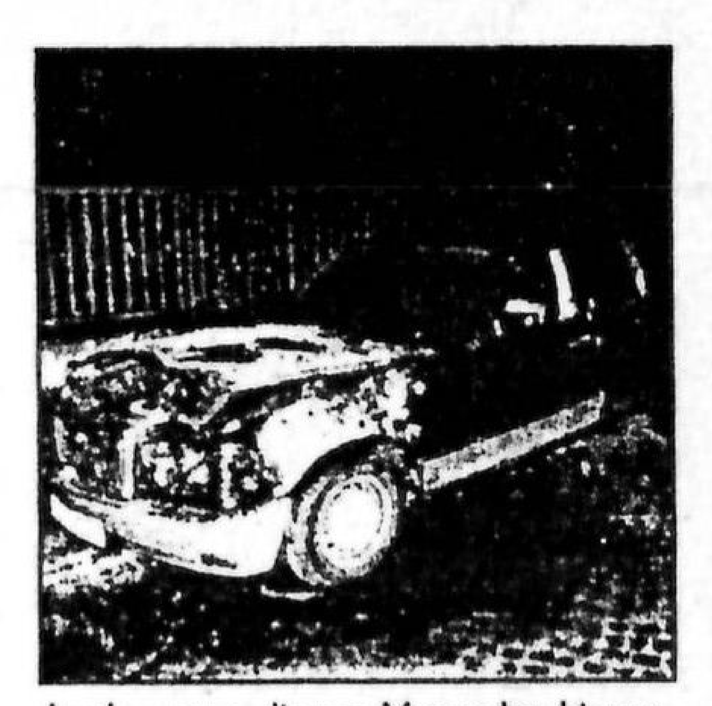


Nur noch Schrott: Ein BMW Z 1 (l.) und ein Motorrad brannten in der Friedensberger Straße. Fotos: Vick

Innerhalb von nur einer halben Stunde setzten gestern früh in Friedrichshain bislang unbekannte Täter drei Autos nobler Marken in Brand. Ob die Taten auf das Konto von Rowdies oder von Brandstiftern aus der Links-Szene gehen, konnte die Polizei gestern nicht sagen. Vorsorglich übernahm der Staatsschutz der Polizei die Ermittlungen.

Klar ist aber, daß die Fahrzeugbesitzer keine Topmanager aus der Bau- oder Immobilienbranche sind. Der Ärger bei den Betroffenen ist riesengroß.

(Fortsetzung Seite 10)



Auch unter dieser Mercedes-Limousine wurde ein Brandsatz gezündet.

(Fortsetzung von Seite 9)

Eines der Opfer, Sabine B., ist die Ehefrau eines Autoglasers, „die mit Politik und allem, was damit zusammenhängt, nichts zu tun hat. Das waren irgendwelche Leute, denen mein Auto aufgefallen ist." In der Nähe der Brandorte wurden auch keine Flugblätter gefunden.

Auffallend an den drei beschädigten Autos ist, daß nur der vordere Bereich durch die Flammen zerstört wurde. Vermutlich legten der oder die Täter einen Brandsatz unter den Motorblock. An den Brandstellen war die Fahrbahndecke mit Bindemittel abgedeckt. Andere Bereiche der Autos wie der Innenraum waren nicht betroffen.

■ 1 Uhr: Die Brandserie beginnt in der Marchlewskistraße 25 a, wo ein älterer schwarzer Mercedes 560 SEL angezündet wird. Die Besitzerin Sabine B.: „Das Auto wurde mir schon im vergangenen Jahr gestohlen. Ich mußte es beschädigt in Frankfurt/Oder abholen. Ich stellte es mit Absicht vor das Haus Marchlewskistraße, weil dort sehr häufig die Polizei vorbeikommt. Und jetzt das!"

■ 1.10 Uhr: In der benachbarten Karl-Marx-Allee geht vor dem Haus 70 h ein Mercedes 500 in Flammen auf. In dem Haus kann sich niemand einen Reim auf diesen Anschlag machen. „Hier wohnen nur einfache Leute."

■ 1.35 Uhr: In der Friedrichsberger Straße zünden die Täter einen BMW Z 1 an. Das Feuer greift auf zwei weitere geparkte Autos und ein Krad über und zerstört sie. Durch die Hitzeentwicklung gehen die Fenster einer Erdgeschoßwohnung zu Bruch. *eck*

no justice - no peace

Wir haben in der nacht vom 13. zum 14.10. in friedrichshain zeitgleich mehrere nobelkarossen flambiert. Bonzen, yuppies und anderes reiches gesockse machen sich langsam aber sicher auch hier in allen ecken breit. Die zahl der neueröffneten teuren restaurants und schickikneipen steigt. Die frankfurter allee wird zu einer einzigen teuren einkaufsmeile aus glas und new style. Die wohnungsmieten steigen, kauf von eigentumswohnungen ist erwünscht, luxussanierungen und unnötiger abriss von altbauten stattdessen neubau für büros und geschäfteräume. Das alles nennt sich: umstrukturierung, soziale stadtteildurchmischung, mit dem derzeitigen Hauptziel der regierenden, die innenstadt berlins sauber zu halten, keine sozialen proteste, neues hauptstadtimage. Dahinter steckt eine gezielte politik. Die regierung unterstützt unternehmen, sei es durch steuerbegünstigungen oder staatlich subventionen und hilft ihnen so, noch mehr gewinne einzustreichen. Auf der anderen seite wird der sozialstaat schritt fü schritt abgebaut und so die kluft zwischen arm und reich immer weiter vergrößert. Füruns heißt das aber: knallharte vertreibungspolitik gegen alle, die diesem luxusimage nicht entsprechen durch zu hohe mieten oder häuserräumungen.

Glaubt bloß nicht, daß ihr hier so billig euren frieden kriegt!

Auch wenn sogar burger king an der frankfurter allee seine schutzgitter von den scheiben genommen hat: widerstand gegen die miese bonzenpolitik ist möglich und machbar! Leute, laßt euch nicht vertreiben, einschüchtern und frustrieren!! Wehrt euch, schließt euch zusammen, bildet gruppen, beteiligt euch an aktionen, aktionsmöglichkeiten gibt es genügend: von flugblätter verteilen über demos und stadtteilarbeit organisieren, gegen häuserräumungen mobilisieren und spontane randale bis zu direkten angriffen auf das bonzenpack und andere vertreter der herrschenden klasse ist alles möglich! Soziale gerechtigkeit erkämpfen heißt immer noch revolution. Bonzen, yuppies, reiche, spekulanten: verpißt euch, haut ab, auf den müllhaufen der geschichte. Schluß mit der vertreibungspolitik und häuserräumungen hier und anderswo. Leute wehrt euch!!! Haltet zusammen!!! Kampf dem kapital!

Liebe Leute, lernt zielen. Der Wert eines Mercedes 500 sinkt mit seinem Alter. Das Bild oben rechts zeigt ein Auto mit dem Wert eines VW Polo.

→minus96

Geld.Stadt.Tausch

→ **Aufruf für ein Treffen**
selbstorganisierter
Projekte, Gruppen
& Initiativen
zu Kunst, Politik, Ökonomie, Stadt

25.-27.10.96 ‚Ahornblatt'
Gertraudenstraße/Fischerinsel
Berlin-Mitte
14⁰⁰ → open end

→ ***minus96***

- *soll ein Ort sein, um Projekte und Ideen vorzustellen und zu diskutieren, wobei eine Info-Theke Material (mitgebrachte Videos, Audiotapes, Kopien, Bücher, etc.) bereithält,*
- *wird sich auf die Themen ‚Distribution', ‚Selbstorganisation' und Probleme einer ‚Gegenökonomie' konzentrieren und*
- *soll als Organisationstreff genutzt werden, um im Frühjahr 1997 an verschiedenen Orten die Konflikte um die Innenstädte anzugehen.*

→*AUFRUF*: **Vom 25. bis 27. Oktober 1996 findet im teilabrißgefährdeten DDR-Veranstaltungshaus ‚Ahornblatt' (Gertraudenstraße/Fischerinsel, Berlin-Mitte) ein öffentliches Treffen selbstorganisierter Projekte, Gruppen und Initiativen statt.** Das Treffen ist aus bereits bestehenden Initiativen im links/kulturellen Bereich entstanden. ***minus96*** ist in vielerlei Hinsicht eine Nachfolgeveranstaltung zu ‚Messe2ok', einem ähnlich organisierten und strukturierten Treffen in Köln im Herbst letzten Jahres. Unter dem Motto ‚ökonomiese-machen' wurde die Diskussion um Selbstorganisation, Nicht-Kommerzialität, Widerstand hinsichtlich der Umwertung von Arbeits- und Lebensbedingungen/Reproduktion in einer deregulierten Gesellschaft, begonnen.

Freitag → *Intro*

14.00 • Ausstellungen/Videos/Info-Theke; Fortsetzung der Diskussion vom Vorjahr

18.00 Vorstellung/Statement der anwesenden Gruppen und Initiativen zu den Fragen:
- Ist das *Global*-Maß nötig, um ökonomische Veränderungen sinnvoll zu diskutieren?
- Wie steht es um das Wechselverhältnis von ‚informeller Ökonomie' (unbezahlte oder freiwillige Arbeit, Selbstorganisation) und ‚flexibilisierten' bzw. entgarantierten Arbeitsverhältnissen, auch in bezug auf die eigene Praxis?
- Inwieweit bergen als notwendig erachtete strukturbildende Maßnahmen (Zeitschriften, Räume, Vernetzung, Gruppen, Labels, etc.) die Fallen der Institutionalisierung?
- Distribution als gemeinsame Basis bzw. Informationsaustausch?

Samstag → *Distribution/Selbstorganisation/Ökonomie*

14.00
- Fortsetzung der Diskussionen vom Vortag
- Gespräch mit Helmut Höge über deregulierte Arbeitsverhältnisse
- Lokal TV Wien, Projekt Kinotrailer
- Einschluß/Ausschluß: Vertrieb, Verbreitung, Öffnung, Abgrenzung/Gegenstrategien zu der für '97 zu erwartenden Großausstellungswelle
- Forschung&Lehre/Akademie/Schule/Ausbildung
- AIZ, revisited

18.00 Reden mit/über Zeitschriften
(A.N.Y.P., Arranca, Die Beute, Blau, Erste Hilfe, Spezial, u.a.m.)

Sonntag → *Innen-Stadt-Aktion*

14.00 • Fortsetzung der Diskussionen vom Vortag

16.00 Nutzung des Treffens zur Organisation dezentraler Aktionstage zum Thema Innenstadt-Politik
- Einführung
- Vorstellung der Beteiligten
- lokale Einschätzung zentraler Themen; Praxiserfahrung mit Aktionen
- Was tun? Konzertierte Aktionswoche gegen Ausgrenzung und Illegalisierung
- Videos zu den Schnittstellen der Informationsgesellschaft

Ein definitives Programm entsteht vor Ort

Party, Konzerte, Filme etc. jeweils im Anschluß

Infos tel/fax +49.(0)30.6917970 • tel +49.(0)30.6114957 • tel/fax +49.(0)30.4455302
fax +49.(0)30.6185810 • b_books@contrib.de

Dank an Kunstamt Kreuzberg, NGBK, Messe 2ok, u.v.a.m.

Selbstorganisation, Distribution und ökonomie!

Daß der Großteil der hier Angesprochenen ihren Lebensunterhalt mit Jobs, also ausbildungslosen (ausbildungsunabhängigen) Tätigkeiten verdient, ist vielleicht der größte gemeinsame Nenner. Das hat erstmal auch Gründe, z.B. daß damit andere Tätigkeiten ermöglicht werden sollen, die beanspruchen, mehr Sinn zu machen, von finanzieller Entgeltung aber weitgehend ausgeschlossen sind. Der darin eher gebrochen auftretende Begriff von ‚Arbeit' ist gesellschaftlich sicherlich keineswegs unschuldig (und entsprechend nicht ganz freiwillig); entgarantierte Arbeit, schlechte Sozialabsicherung werden zunehmend zum Standard von Arbeit unter sogenannten postfordistischen oder neoliberalen Bedingungen.

minus96 zielt darauf ab, diese Tätigkeiten besser zu vernetzen, die Distribution und Vermittlung zu verbessern. Was könnte eine solche kollektive Reflexion bewirken? Geht es um aus politischen Gründen zu verbreitende Inhalte? Oder darum, den eigenen Produkten/Inhalten eine größere Zirkulation zu geben, um auch finanziell davon profitieren zu können? Oder eher darum, ein größeres Netz an nicht-entfremdeten sozialen (Arbeits-)Beziehungen herzustellen? Aber vielleicht ist das Ganze ja auch ein Feld zum Ausprobieren, was Widerstand oder Entzug gegen/aus gesellschaftlichen Zwängen (auch in ihren neo-flexibilisierten Formen) gegenwärtig heißen kann. Fetzen von Wissen, die hier angeboten werden, als Tauschwert, oder auch als wirklicher Gebrauch? Oder - was auch sein kann (pessimistische Interpretation) - was wir da tun, ist einfach eine relativ abgehobene Form der Dienstleistung (und damit Triumph einer totalisierten Dienstleistungsgesellschaft mit beschäftigungstherapeutischen Funktionen). Wir nehmen mal den besseren Fall an: es könnte ein Austausch sein von strategischen Impulsen, die jedoch im besten Falle als Handlung und Erfahrung realisiert und getauscht werden. Frei nach Merve L.: Distribution basiert auf der Erkenntnis, daß Totalität des Wissens nicht von einzelnen Individuen erfaßbar ist, sondern durch die Zirkulation spezifischer Erfahrungen rekonstruierbar!

Innen-Stadt-Aktion!

Nutzung des Treffens zur Organisation dezentraler Aktionstage zum Thema Innenstadt-Politik

Vereinzelung, Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung bzw. Illegalisierung von Personen, die als Junkies, AusländerInnen, Obdachlose, „Armutsbetroffene" oder Wagenburg-BewohnerInnen bezeichnet und (nicht allein) aus den Innenstädten vertrieben werden, sind Erfahrungen, die in nahezu jeder Stadt Mitteleuropas gemacht werden. Um diesen lokal erfahrenen und behandelten Verhältnissen auch überregional zu entgegnen, sollen im Frühjahr 1997 koordinierte, jedoch dezentral durchgeführte Aktionen, Diskussionen und Debatten die Konflikte in den Innenstädten umfassend angreifen. Hierzu ist ja in diversen Städten schon vielerlei Arbeit vorangegangen.

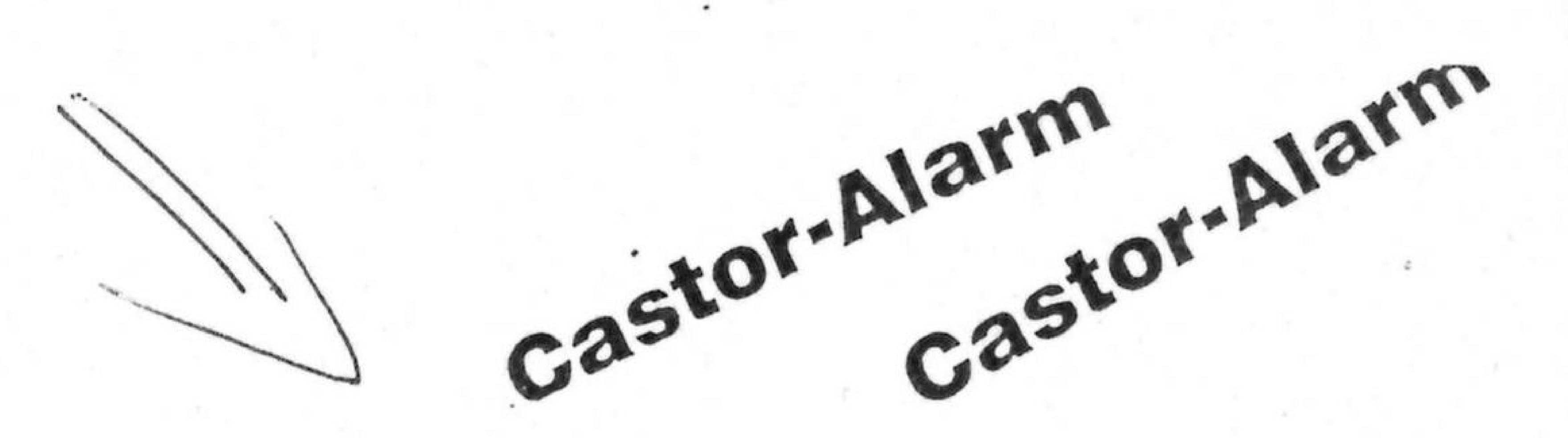
Ein Ziel der Innenstadt-Aktionstage sollte es daher sein, zum einen die jeweils spezifischen Erscheinungsformen der Innenstadt-Neuformatierung vor Ort herauszuarbeiten: Wie sich in den Vordiskussionen gezeigt hat, unterscheiden sich die je spezifischen Vertreibungsformen und hierfür von der Politik bzw. Gewerbe ausgemachten Personengruppen, sodaß von einer falschen Generalisierung Abstand genommen werden sollte. Zugleich sollten die strukturell ähnlichen Innenstadt-Konflikte durch eine (mediale) Verknüpfung öffentlich miteinander in Beziehung gesetzt werden, um so das Thema stark zu machen und den Widerstand zu bündeln.

Das Treffen im Oktober lädt interessierte Gruppierungen und Personen ein, über die jeweiligen Städte kurz zu berichten, wobei die lokale Einschätzung zentraler Themen und die Praxiserfahrung mit Aktionen im Vordergrund stehen sollten. Ein genereller Einstieg und die Überlegungen, wie die je einzelnen Aspekte verknüpft werden können, sollte hieraus folgen. So könnte man innerhalb einer Innenstadt-Aktionswoche die zeitgleiche und parallele Bündelung der jeweiligen Initiativen versuchen, mit Plakat und Ankündigungen auf die jeweils anderen Städte mitverweisen, Stadtzeitungen wie überregionale Medien zu Themenheften animieren, Videos zirkulieren lassen und eine Dokumentation erarbeiten.

Nicht nur *SAUBER*, sondern Rein?

Letzte Woche fiel uns nebenstehendes Plakat auf. Damit ham wir nüscht zu tun!
Abgesehen von der Plattheit der Argumentation (Wer möchte hier vom wem unterstützt werden?) bereitet uns der Satz "für ein sauberes Wendland" doch arge Probleme. Das prangern wir an!
Im 3. Reich war das Wendland leider nicht gerade das, was mensch als eine Region des Widerstandes bezeichnen kann, auch nach '45 galt diese Region eher als tiefschwarz, ähnlich der bayrischen Oberpfalz. Dies war auch einer der Gründe, warum die Atomlobby dort einen "Entsorgungspark" für durchsetzbar hielt. Erst die Auseinandersetzung mit dem Thema "bedrohender Atommüll und ihn verursachende Atomkraftwerke" und schließlich die Auseinandersetzung um die konkreten Bauvorhaben machten aus den einst so braven BürgerInnen zaghafte Radikale. Dabei kam es immer auf die Wechselwirkungen zwischen Menschen aus der Region und Zugereisten an. Die wendländische Widerstandskultur konnte nur aufgrund des Dialoges zwischen allen dort vertretenen Gruppen und Zugereisten entstehen. Viele BewohnerInnen des Wendlandes sind selbst ehemalige Zugereiste aus den Ballungszentren. Diese sich entwickelnde Widerstandskultur übte wiederum eine anziehende Wirkung auf andere aus. Daß sich der Widerstand dort so gut - in vielerlei Hinsicht vorbildlich - entwickelte, lag gewiß nicht an einer "wendländischen Mentalität".
Wie hätte sich die Region verhalten, wenn dort vor 20 Jahren anstelle eines "Endsorgungsparks" für Atommüll eine Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber errichtet werden sollte?
20 Jahre Widerstand haben diese Region verändert. Und das nachhaltiger, als die Oberpfalz, die nach einigen Jahren der Auseinandersetzung um die WAA in Wackersdorf wieder zum "normalen" Tagesgeschäft auf CSU-Linie übergegangen ist. Ohne den PlakatiererInnen eine böse Absicht unterstellen zu wollen, gegen Atommüll und Atomtransporte ins Wendland sind viele, einige wären sogar für ein "sauberes" Wendland. Das Spiegel-TV-Interview mit dem rechtsradikalen Jugendlichen aus Grevensmühlen ist da noch vielen in Erinnerung. Dieser war ja so empört darüber, daß 300 AntifaschistInnen seinen rechtsradikalen Freunden vor Ort auf die Pelle rücken wollten, obwohl diese in der letzten Zeit doch so viel Pech gehabt hatten beim Autoknacken, Tiere quälen und Ofen anzünden. Die angereisten "Chaoten" sollten doch lieber "gegen den Castor" demonstrieren. Ja, ja, ein "sauberes" Wendland wollen viele! Wenn wir als Auswärtige gegen Atommülltransporte demonstrieren, dann nicht weil wir der Medienhetze "Auswärtige = Chaoten" folgend unseren "solidarischen Pflichtteil" im Wendland erfüllen, sondern weil wir uns als Teil einer breiten sozialen Bewegung (wäre dieser Begriff nicht schon so abgegriffen) verstehen, weil es uns um mehr geht, als z.B. den Marktwert eines Ackers oder eines Ferienhauses im Wendland zu verteidigen.

ANTI-ATOM-PLENUM-Berlin



LIEBE CHAOTINNEN UND CHAOTEN !

Sicher ist euch bekannt, daß bald wieder ein neuer CASTOR-TRANSPORT anrollen soll. Wir haben es uns zum Ziel gemacht, diesen noch teurer und noch anstrengender für Bullen, Bahn und Staat zu machen. Wir bitten um eure Unterstüzung. Dies ist die beste Möglichkeit zu beweisen, daß es immer noch SOLIDARITÄT zwischen militante und gewaltfreien AtomkraftgegnerInnen gibt.

ZEIGEN WIR DEN BULLEN UND BONZEN DASS
DIE BEWEGUNG MEHR DENN JE LEBT ! !

MACHEN WIR ALSO DEN NÄCHSTEN UND AUCH DEN OBERNÄCHSTEN CASTOR-TRANSPORT (falls der überhaupt noch stattfindet) NOCH TEURER ALS DIE VORIGEN

KOMMT ALSO ALLE AUCH ZUM NÄCHSTEN CASTOR-TRANSPORT.

DENN DER KAMPF GEHT WEITER.

FÜR EIN SAUBERES WENDLAND! ! !

Unabhängige AtomkraftgegnerInnen

Wir stellen uns quer!

Wir stellen uns quer!

DER TOD IST EIN MEISTER AUS DEUTSCHLAND !

Moabit
Initiative
Antifaschistische

KEIN VERGEBEN
KEIN VERGESSEN

WER SCHWEIGT, STIMMT ZU !

Vor den Augen der deutschen Bevölkerung werden Juden und Jüdinnen quer durch Berlin zum Abtransport in die KZs getrieben

58. Jahrestag der Reichspogromnacht

Sa 9. November
11 Uhr

Gedenkkundgebung:
Mahnmal auf der Putlitzbrücke (U9 Birkenstraße)

Abschlußkundgebung:
Mathilde Jacob Platz

Gegen das Vergessen

Vor 58 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 fand im damaligen deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom gegen die jüdische Bevolkerung statt - der verharmlosend in der Nazi-Propaganda „Reichskristallnacht" genannt wurde.
Die Synagogen wurden demoliert und geplündert. Die Feuerwehr griff nur ein, wenn die Brände auf benachbarte Häuser überzugreifen drohten. Geschäfte, Wohnungen wurden verwüstet und geplündert.
Mehr als 20.000 Juden wurden allein am 9. und 10. November verhaftet, Tausen-

→

7. ANTIFADEMO IN MOABIT

Wo geht's lang?

Wir gehen auch dieses Jahr wieder am 9. 11. auf die Straße, um der Opfer der Reichspogromnacht vor 58 Jahren zu gedenken. In der von der NSDAP koordinierten und bis auf wenige Ausnahmen von der deutschen Bevölkerung mitgetragenen bzw. geduldeten Großaktion bekam der organisierte Terror gegen Juden eine neue Qualität. Die Demonstration orientiert sich an historischen und aktuellen Stätten des faschistischen Terrors.

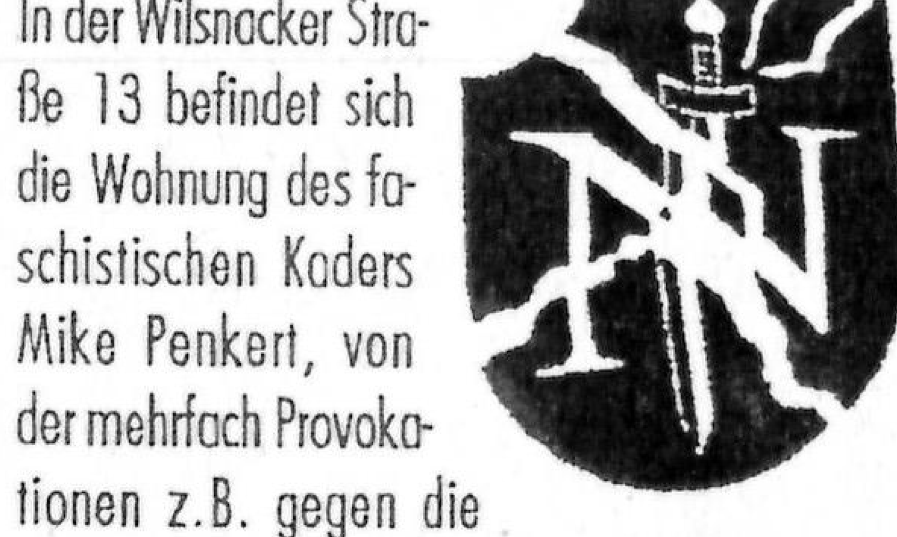
Gedenkkundgebung auf der Putlitzbrücke

Wir werden mit einer Gedenk- und Auftaktkundgebung auf der Putlitzbrücke beginnen. Der Bahnhof Putlitzstraße, dessen Gleise auch heute noch von der Brücke aus zu sehen sind, war einer der drei zentralen Orte in Berlin, von denen aus Juden in die KZs deportiert wurden. Hierher wurden sie vom Sammellager in der Levetzowstraße aus getrieben - mitten durch Moabit, unter den Augen der tatenlos zusehenden Deutschen.

Auf der Putlitzbrücke befindet sich auch das inzwischen schon mehrmals geschändete Mahnmal.

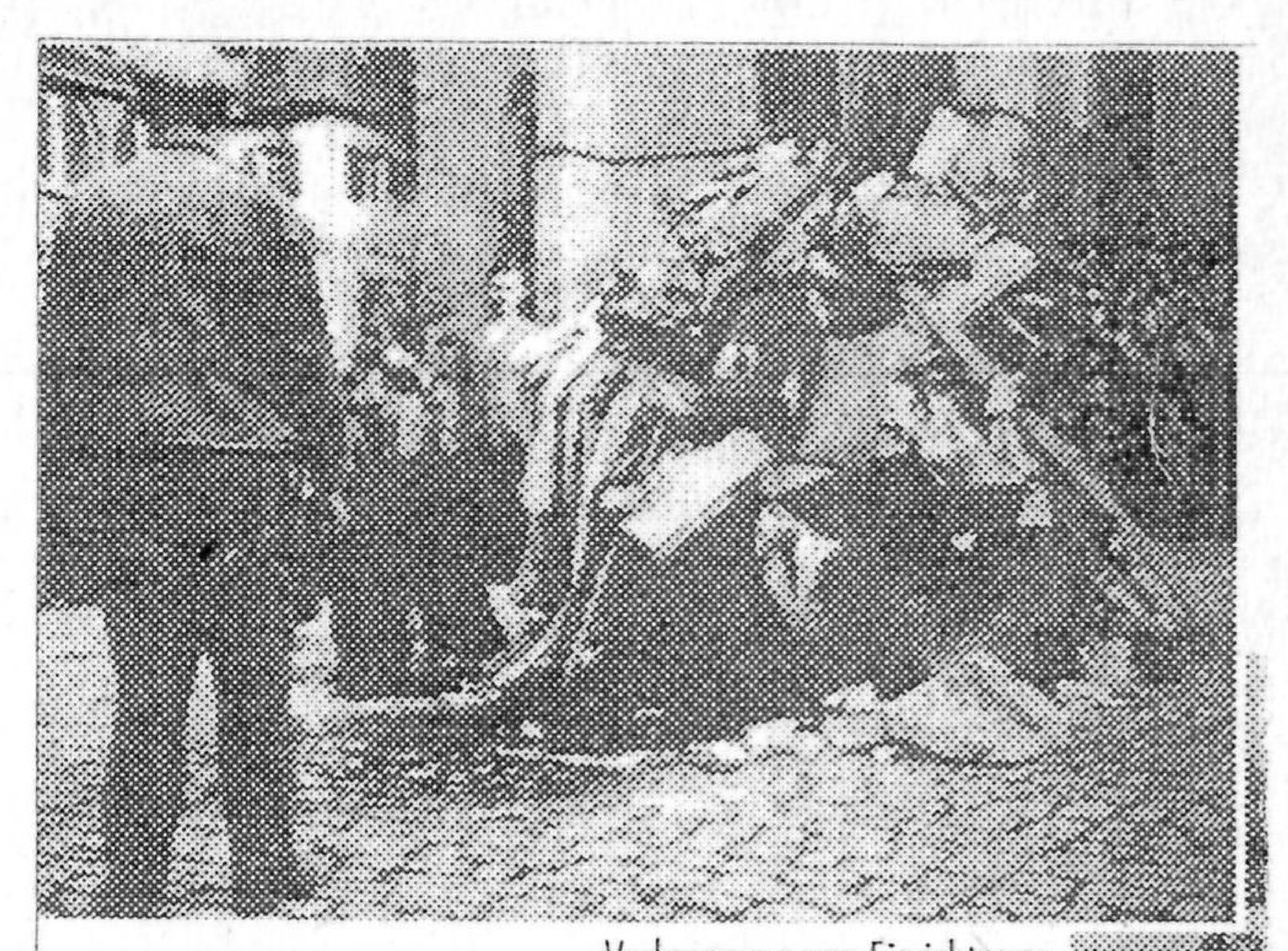
Bitte bringt Blumen mit, die während der Gedenkkundgebung am Mahnmal niedergelegt werden können.

Zwischenkundgebung in der Wilsnacker Straße



In der Wilsnacker Straße 13 befindet sich die Wohnung des faschistischen Kaders Mike Penkert, von der mehrfach Provokationen z.B. gegen die Kneipe Scheselong oder die 9.November-Demonstration in 1995 ausgingen. Mike Penkert kommt aus der verbotenen FAP und ist Führer der "Kameradschaft Nord-Beusselkiez", einer Nazitruppe, die sich in die Tradition der Hitlerjugend stellt. Sie schreiben in ihrer Selbstdarstellung: "Wir stehen für den nationalen Sozialismus". Außerdem gehen von der "Kameradschaft" orde in Konzentrationslager verschleppt, viele gefoltert und brutal ermordet.

Zum Vorwand für das Pogrom nahmen die Nazis das Attentat Herschel Grynszpans, eines aus Hannover stammenden jüdischen Jugendlichen auf den Sekretär der deutschen Botschaft in Paris Ernst vom Rath am 7. November 1938. Mit den Schüssen auf vom Rath, der bei dem Attentat tödlich verletzt wurde, reagierte Herschel Grynszpan auf die Abschiebung seiner Eltern aus Deutschland. Am 27. Oktober hatte die Gestapo in einer reichsweiten Aktion tausende ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Nazi-Deutschland lebende jüdische Menschen verhaftet und gewaltsam über die deutsch-polnische Grenze abgeschoben.



Verbrennung von Einrichtungs- und Kultgegenständen aus einer Synagoge beim Novemberpogrom 1938. Deutlich ist zu erkennen, daß alle Zuschauer wegschauten. Folglich wußte von den hier anwesenden Deutschen später auch niemand von den Schändungen am 9.11.38 und den folgenden Tagen.

Auf dem Weg zu dem Pogrom stand die schrittweise systematische Diskriminierung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung: der Boykott jüdischer Geschäfte im Januar 1933, die „Nürnberger Rassegesetze" 1935, das Verbot der Ausübung von Berufen. Aus der „Arisierung" genannten Enteignung der Jüdinnen und Juden schlagen bis heute deutsche Konzerne und Banken Profite.

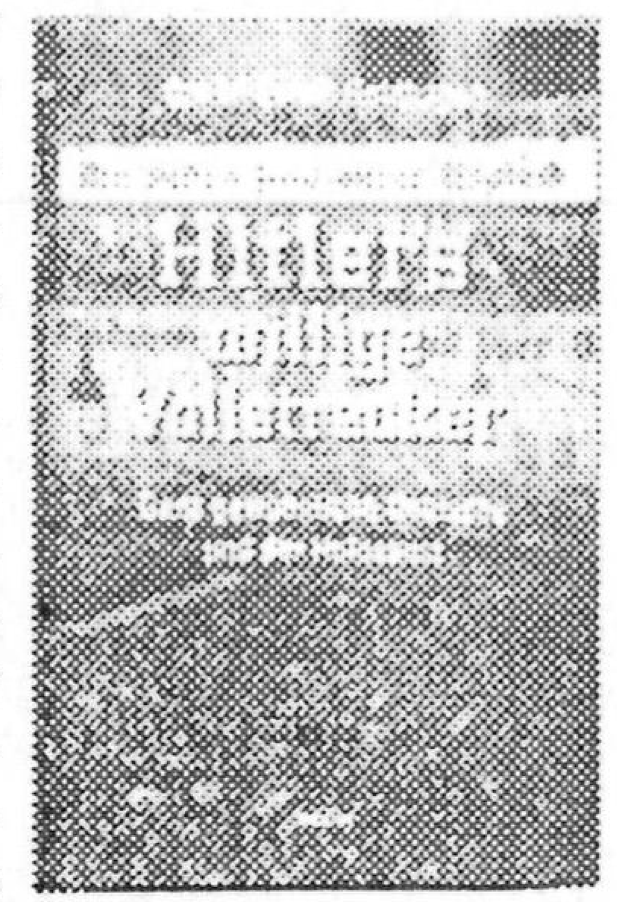
Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat die gesellschaftliche Ausgrenzung mitgetragen, sich an ihr bereichert und dem staatlichem Terror und die von der deutschen Justiz sanktionierten Verbrechen hingenommen. Die Nazis konnten an einen weit verbreiteten Antisemitismus anknüpfen.

Als erstes hatten die Nazis die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen. KomunistInnen, GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen, Liberale und oppositionelle ChristInnen wurden zu „Volksfeinden" erklärt. Tausende wurden in die KZs verschleppt und ermordet. Tausende wurden ins Exil oder in die Illegalität getrieben. Organisierter Widerstand war 1938 kaum noch vorhanden.

Die Reichspogromnacht markiert einen entscheidenden Schritt im Übergang des gesellschaftlichen und staatlichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozesses hin zur Shoa, der europaweiten industriellen Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern.

Das Verhalten der deutschen Bevölkerung signalisierte, daß es keinen relevanten Widerstand gegen die Vernichtungspolitik der Nazis geben würde. Damit verschärfte sich auch die Verfolgungssituation der Sinti und Roma, der Behinderten und Kranken, der Schwulen und Lesben, der ArbeitsverweigerInnen und aller anderen Gruppen die außerhalb der „Volksgemeinschaft" gestellt worden waren.

Deutschland 1996: Das Buch von Daniel Goldhagen mit dem Titel „Hitlers willige Vollstrecker, ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" erscheint und beachtliche Teile aus der Zunft der Gelehrten steht Kopf! Eine ihrer vorherrschenden Lehrmeinungen, der Holocaust war das Werk der Nazis und diese haben ihre Verbrechen nur „im deutschen Namen" begangen, wird von Goldhagen kritisiert und widerlegt. Exemplarisch weist Goldhagen nach, daß „gewöhnliche" Deutsche, also keine Parteimitglieder o. ä., sich beim Niederschlachten von Juden zu Barbaren und Metzgern entwickelten.



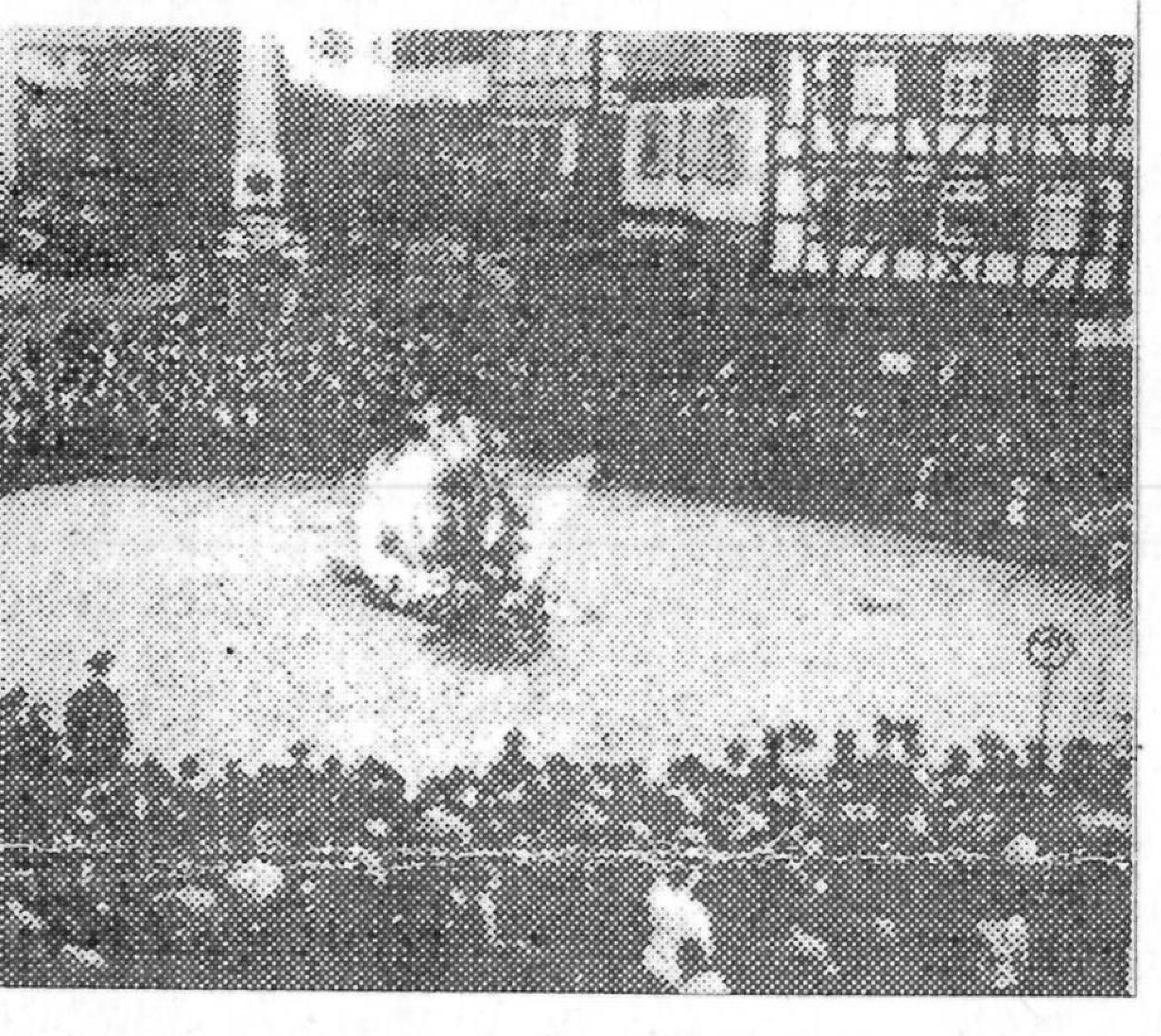
Weiterhin stellt er dar, daß sich der „eliminatorische (vernichtende) Antisemitismus" aus der deutschen Geschichte und Gesellschaft entwikkelt hat: „Es bedurfte beider Voraussetzungen - einer antisemitischen Bevölkerung und eines Regimes, das auf Massenvernichtung aus ist" (DIE ZEIT 7.8.96 S.13).

Gerade die Reichspogromnacht am 9. November 1938 sollte und hat der deutschen Bevölkerung klargemacht: der Übergang von der systematischen Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden zum offenen und öffentlichen

Terror war eingeleitet worden. Tausende Jüdinnen und Juden haben dann in Moabit ab Mitte 1942 den Weg von der als Sammelstelle mißbrauchten Synagoge in der Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke in aller Öffentlichkeit zurücklegen müssen:
„Die Umwohner des Bahnhofs Putlitzbrücke

.. ohne Deutsche kein olocaust. ... Müssen wir irklich darüber streiten, ob er Holocaust aus Deutschnd kam?"

Daniel Goldhagen (Die Zeit, 2.8.96)



beobachteten in Massen von der Brücke aus, die über die Gleise ging, wie die Transporte zur Bahn kamen und vom ungedeckten Bahnsteig aus abgingen. Wenn wir nach Abfahrt des Zuges zurückkamen, standen die Zuschauer immer noch da - sollten sie nichts von den Dingen gewußt haben?" (Herta Pineas im Mai 1945)

Die Auseinandersetzung um das Buch um Goldhagen hat ganz offensichtlich einige Positionen ins Wanken gebracht. Deren VertreterInnen wollen Deutschland endlich vom Verbrechen des Holocaust entsorgt sehen!

Es geht ihnen nicht nur um jahrzehntelange Verdrängung von Geschichte sondern zentral um eine Erklärung die Deutschland freispricht, indem der Holocaust ausschließlich den Nazis zugeschrieben wird. Tatsächlich haben die Nazis nichts eigenes Neues hervorgebracht sondern vorhandenes aufgegriffen und in ihrem Sinne weitergedacht und vollstreckt. So war z. B. der vorhandene Antisemitismus mit der Rassenideologie die Kreuzung, die zur Vernichtung der Juden führte. Die Rassenideologie hat ihre Ursprünge in den kolonialen Eroberungsfeldzügen als wissenschaftliches Konstrukt, um z. B. schwarze Menschen als minderwertig anzusehen und entsprechend zu behandeln. Der Ausspruch „Die Juden sind unser Unglück" war keine Erfindung der Nazis sondern wurde schon Nov. 1879 von dem Nationalliberalen und Hofgelehrten Heinrich von Treitschke propagiert, womit er seinerzeit den Berliner Antisemitismusstreit auslöste.

In der deutschen Nationsbildung war die Tendenz Juden als „Fremde" anzusehen, d. h. nicht dazugehörig, immer latent oder offen vorhanden. Diese antisemitische Ausgrenzung ist auch heute noch existent: am Ende der Fernsehdiskussion mit Goldhagen nach der Berliner Veranstaltung fragte ein Zuschauer, ob er mit seinem Buch nicht das "Verhältnis zwischen Deutschen und Juden" beeinträchtige. Als 1992 Ignatz Bubis nach den Pogromen in Rostock eintraf, fragte ihn ein CDU Stadtverordneter höflich und interessiert: `Warum er denn nicht nach Israel ginge, wenn ihm der Rassismus der Deutschen mißfiele?"

Erst ermordet ! dann totgeschwiegen!

Ein solcher Antisemitismus zeigt sich auch dann, wenn es um das Gedenken an die Opfer des Faschismus geht. Das zentrale Holocaust-Mahnmal wurde von Kohl verhindert. Gegen die Spiegelwand in Steglitz läuft die CDU Sturm. Gegen die Benennung des Mathilde-Jacob-Platzes wird von der CDU in Form eines Bürgerbegehrens gehetzt. Die jüdische Sozialistin und Vertraute von Rosa Luxemburg, die 30 Jahre in der Altonaer Str. 11 in Tiergarten lebte, darf für die CDU nicht im Straßenbild auftauchen, weil „erstens keine Neubenennung - schon gar nicht aus ideologischen Gründen - notwendig ist. Und wenn schon, dann eine Namensgebung mit Bezirksbezug (ehemaliger Bürgermeister o.ä.). Diese Voraussetzungen erfüllt Frau Jacob unserer Meinung nach nicht." (zitiert aus einem Flugblatt der CDU) Zahllose Namen von WiderstandskämpferInnen sind schon aus den Straßennamen der Ostberliner Bezirke verschwunden. In Wilmersdorf ging die CDU auf die Barrikaden, als der Name des antisemitischen Buchautors und Wegbereiters des Nazi-Faschismus R. Seeberg dem jüdischen Philosophen W. Benjamin weichen sollte. In Charlottenburg setzt sie sich für die Reichssportfeldstraße ein und polemisiert: „Umbenennung der Reichssportfeldstraße in Flatowallee, als gäbe es nichts wichtigeres."

Mathilde Jacob, der nach dem Willen der CDU gar nicht gedacht werden soll, während SPD und AL das Anliegen in ihrer Parteipolitik aufreiben, ist nur ein Beispiel, aber kein Scheingefecht. Was die CDU damit durchsetzen will, ist Geschichtsrevisionismus. Dieser Geschichtsrevisionismus soll Opfer des Faschismus totschweigen, erst recht dann, wenn sie jüdisch und sozialistisch sind. Es

ganisierte antisemitische Propagandaaktivitäten aus. Es gelang ihnen mehrfach, zuletzt unter der Verantwortung von Mike Penkert, ihre Nazi-Propaganda im Radio zu verbreiten. Zu der faschistischen Gruppe gehört auch Christian Wendt, der inzwischen mit Haftbefehl gesuchte Drahtzieher des Nazi-Zeitungsprojekts "Berlin-Brandenburger Zeitung", der kürzlich wegen "Verbreitung der reinen Lehre des Nationalsozialismus" vor Gericht stand.

Mike Penkert kandidierte 1995 für das faschistische Sammelbecken "Die Nationalen" zur BVV. Seine Wohnung entwickelte sich schnell zu einem zentralen Treffpunkt der Naziszene, wo sich Kader faschistischer Organisationen von den Republikanern bis zur verboteten FAP treffen und gewalttätige Übergriffe und Aufmärsche koordinieren.

Abschlußkundgebung am Mathilde Jacob Platz



Mathilde Jacob, geboren 8.3.1873. Am 27.7.1942 ins KZ Theresienstadt deportiert und später dort ermordet. Mathilde Jacob lebte seit ca.1910 in Tiergarten und lernte Rosa Luxemburg kennen, mit der sie bald eine enge Freundschaft verband. Sie betreute Rosa Luxemburg im Knast und schmuggelte ihre Kassiber nach draußen. Später saß sie selber wegen Mitarbeit an der "Roten Fahne" im Knast und erfuhr dort von dem Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Sie organisierte sich in der KPD, die sie jedoch bald später als unabhängige Kommunistin unter ungeklärten Umständen wieder verließ. Auch in den 20er Jahren betätigte sie sich vor allem publizistisch. Nach dem Tod ihrer vertrauten GenossInnen zog sich die 57jährige 1930 aus der politischen Arbeit zurück. Weil sie jüdischer Herkunft war, wurde sie im Faschismus verfolgt und 1942 deportiert. Ihr Name steht auf einer der zahllosen Deportationslisten, nach denen systematisch alle Juden ermordet wurden. Sie ging denselben Weg wie so viele in Moabit - verschleppt in die Sammelstelle in der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße, durchs Kiez getrieben zum Bahnhof Putlitzbrücke, von dort aus deportiert ins KZ Theresienstadt.

geht darum, die faschistische Vergangenheit wegzulügen und die faschistischen Verbrechen unsichtbar zu machen, um heute eine skrupellose Militarisierungs- und Abschottungspolitik durchziehen zu können. Eine Entwicklung gerade seit 1989, wo faschistische und rassistische Gewalttaten so alltäglich sind, daß sie keine Schlagzeilen mehr machen. Damals wie heute hat der allergrößte Teil der Deutschen unbeteiligt oder gar interessiert zugeschaut und die Täter in Schutz genommen.

Wer wegschaut, macht sich mitschuldig. Damals wie heute!

In Deutschland besteht ein weitreichender rassistischer Konsens, der weiterhin und ungebrochen zu Übergriffen und Morden führt:
In Mahlow werden drei britischer Bauarbeiter von Jungnazis verfolgt, die durch einen Steinwurf einen Autounfall provozieren. Einer der drei Schwarzen, der Fahrer des Wagens ist seitdem querschnittsgelähmt. Die Polizei verdächtigt zunächst die Opfer, es auf die Faschisten abgesehen zu haben, die den dortigen Bahnhofsvorplatz unter ihrer Kontrolle haben. Erst als in der internationalen Presse (Observer) berichtet wurde und mit einer antirassistische Kundgebung Öffentlichkeit hergestellt werden konnte, waren die Ermittler genötigt, die rassistische Vorverurteilung fallenzulassen. Den Mahlower Faschisten wurde allerdings nicht der Mordversuch, sondern nur „gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr" vorgeworfen. Die Ermittlungen greifen auf eine rechte Binsenweisheit zurück: Die Ausländer müssen doch selber schuld sein, wenn sie sich schon ins Revier der Faschisten wagen.
In Lübeck brennt in Januar ein AsylbewerberInnenheim, eines von vielen in diesem Jahr, ein Anschlag von zweien an diesem Tag. Weil 10 Menschen in den Flammen sterben, wird darüber ausführlich in der Presse berichtet. Erste Informationen gelangen an die Öffentlichkeit, daß vier junge Männer aus Grevesmühlen verdächtig sind, die Verbindungen zur dortigen Nazi-Struktur haben. Sofort als eine Belohnung ausgesetzt wurde, meldet sich ein deutscher Kronzeuge, der mit zweifelhaften Aussagen versucht, die Brandstiftung einem der Opfer anzuhängen und die Öffentlichkeit atmet auf. Die vier mutmaßlichen Täter werden von der Bevölkerung in Grevesmühlen in Schutz genommen. Eine antirassistische Kundgebung in Grevesmühlen wird auseinandergeprügelt, während aus der Bevölkerung heraus mit dem Hitlergruß provoziert wurde. Auch andere Aktivitäten, die das rassistische Verdrehen der Geschehnisse aufzeigen, werden kriminalisiert. Kurz darauf beginnt ein aufwendiger Schauprozeß mit dem Ziel, den Opfern des Anschlags die Schuld in die Schuhe zu schieben und die wahren Täter zu entlasten. Die landläufige Argumentation greift auf ein rechtsextremes Klischee zurück: Wer Täter und Opfer klar benennt, dem wird unterstellt, einen „Mythos vom guten Ausländer" oder wahlweise auch vom „bösen Deutschen" zu pflegen.
Opfer werden zu Tätern erklärt, die oftmals faschistischen Täter werden entweder nicht verfolgt oder auch bedingungslos in Schutz genommen. Der Hinweis auf die Tatsache, daß sie unbehelligt agieren können paßt nicht in das Selbstbild eines Deutschland, das den in den letzten Jahren aufgebauten rassistischen Konsens politisch ausnutzen,



1941: Deutsche Wehrmachtssoldaten quälen einen alten jüdischen Mann

aber noch nicht offen zugeben möchte. Vor wenigen Jahren wurde z.B. das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft und damit eine langjährige Forderung der Faschisten vom bürgerlichen Staat umgesetzt. In erster Linie zugeschnitten auf KurdInnen, die ihr Recht auf politische Meinungsäußerung wahrnehmen, soll nun der Straftatbestand des „verschärften Landfriedensbruchs" eingeführt werden, um noch schneller abschieben zu können. Gleichzeitig werden die Organe der Abschiebemaschinerie in Randbezirke verlegt, wo sie kaum mehr öffentlich wahrgenommen werden, wie z.B. der zentrale Berliner Abschiebeknast von Moabit nach Grünau. Die Bundeswehr wird wieder im Ausland eingesetzt. Es wird versucht, ihr den dafür nötigen Rückhalt im Inneren zu verschaffen, z.B. durch öffentlichen Gelöbnisse wie im Juli in Charlottenburg. Der Rassismus und die Militarisierung sind Schritte auf dem Weg in eine neue Großmachtrolle.
Nach innen wird diese Politik ergänzt durch eine Zerschlagung aller politischen Freiräume. Auf dem Weg zur „sauberen Hauptstadt" haben auch nichtdeutsche Menschen zu verschwinden, wenn die Polizei regelmäßig den Breitscheidplatz „ausländerfrei" macht. Dazu passend wurde vom Innensenat ein Aufmarsch von Faschisten zum 1. Mai reibungslos genehmigt. Hier geschieht zusammen, was zusammengehört: Im Zeichen einer sich verschärfenden rassistischen Mobilisierung ist es kein Wunder, wenn den Faschisten von staatlicher Seite ihre Betätigung zugestanden wird. Gleichzeitig jedoch möchte man sich bedeckt halten, um auf keinen Fall sichtbar werden zu lassen, daß die deutsche Vergangenheit immer noch existent ist.

Das Gedenken an die Opfer des Faschismus ist nötiger denn je!

Gedenken heißt für uns: Aus eben dieser Vergangenheit lernen, unsere Verbundenheit mit allen Opfern des faschistischen Terrors und das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes zum unverzichtbaren Teil unserer Politik zu machen.
Für viele Opfer des Nazi-Terrors, denen bisher eine Anerkennung ihrer Leiden und jegliche Entschädigung verweigert wurde, wächst die Gefahr, daß sie entgültig auf ihre Ansprüche verzichten sollen. Beispielhaft wird dies an der Verhandlungen um Entschädigung der Nazi-Opfer zwischen der Bundesrepublik und der Tschechischen Republik deutlich. Die Politik Deutschlands gegenüber der Tschechischen Republik macht hierbei von der Erfüllung der Forderungen von Revanchistenverbänden die Entschädigung ZwangsarbeiterInnen und Überlebenden der Shoah abhängig.
Gegen das Vergessen stellen wir am 9. November 1996 das Gedenken an die Opfer des Naziregimes und ihr Vermächtnis: unser Eintreten gegen Militarismus und Krieg, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus!

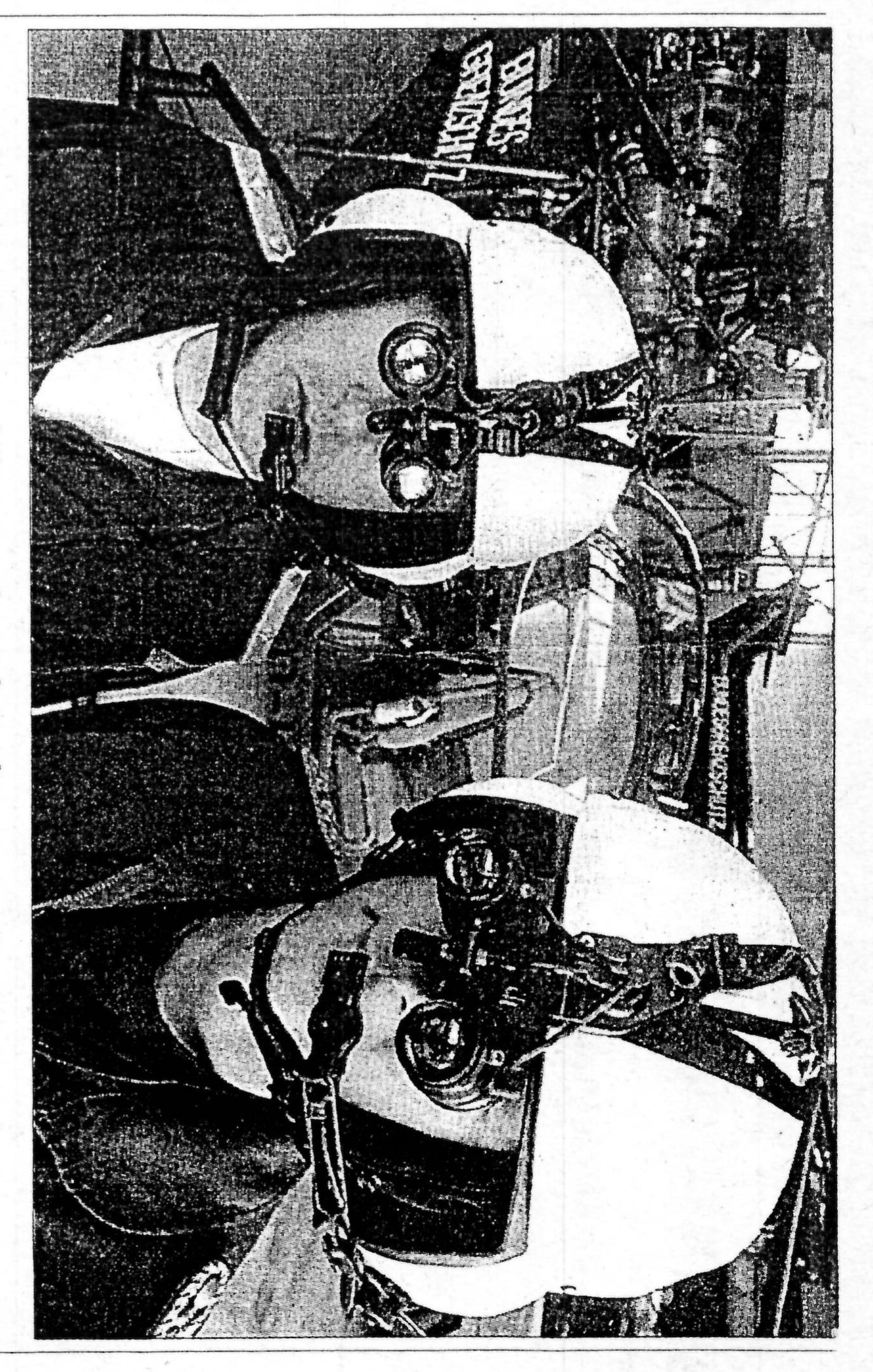


Postfach 21 02 35, 10502 Berlin
Spenden: Kto 6336 285 680
Berliner Bank BLZ 100 200 00

Kein Vergeben! Kein Vergessen! Wir schauen nicht tatenlos zu!

UnterstützerInnen: Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg (AGiP) * Arbeitsgemeinschaft im Tiergarten (AGIT) * Antifa Jugendfront Berlin * Anarchistischer Laden Tiergarten * Baumpaten im Tiergarten * Bund der Antifaschisten in Berlin (BdA) * FARA organisiert in der AA/BO * Infoladen Omega * Initiative gegen Abschiebehaft * Verein für eine billige Prachtstraße - Lehrter Straße e.V. * VVN / Verband der Antifaschisten und Antifaschistinnen

ViSdP: K. Behrens, Pf 210235, 10502 Bln



Mit Spezialbrillen auf der Jagd nach Bahnattentätern

Mit Spezialbrillen wollen diese Hubschrauberpiloten des Bundesgrenzschutzes die Urheber von Bahnanschlägen aufspüren. Durch Spiegelungen und elektronische Aufhellung verstärken die Geräte das geringe Restlicht in der Nacht. Auch die Justiz geht jetzt härter gegen die Attentäter vor: Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat gestern die Ermittlungen übernommen. (Siehe auch Niedersachsen) © dpa

Volxsport in Hannover

Am Montag, den 14.1o.96 haben wir eine Bombenattrappe im Bahnhofsgebäu von Hannover gelegt.

Wir wollen mit dieser Aktion die DB und ihre GesellschafterInnen als diejenigen, die ihren Profit aus der Atommacht ziehen, angreifen.

Unser Angriff erfolgt durch eine Bombenattrappe, um keine Menschenleben zu gefährden und soll die wirtschaftliche Ebene treffen.

Es ist unser Beitrag, um die Transportkosten noch mehr in die Höhe zu treiben. Der Lüge vom billigen Atomstrom muß endlich ein Ende gesetzt werden.

Alles, was gegen Atom- und Castor - Transporte Spricht ist schon oft genug gesagt worden und wir werden deshalb inhaltlich nicht weiter darauf eingehen. Wichtig ist uns noch, daß wir die DB als Unternehme gewählt haben, weil wir eine Konzentrierung des Widerstandes auf eine Teil in dieser Maschinerie für sinnvoll halten: fällt dabei ein Teil aus , läuft nichts mehr. Das heißt: steigt die DB aus, gibt es erstmal keine weiteren Transporte. Uns ist klar, daß es genausogut Siemens, RWE, ... hätte treffen müssen.

Es geht uns nicht darum Menschen zu erschrecken.

Wir haben diese Form von Widerstand gewählt, da nur Aktionen mit großen Auswirkungen die DB AG zum Reagieren zwingen.

Wir haben hier eine Form von Widerstand gewählt, die uns angemessen erscheint. Widerstand sieht vielfältig aus: JedeR kann nach ihren/seinen Möglichkeiten dort wo sie/er lebt ihren/seinen Protest zum Ausdruck bringen. Nur im Zusammenspiel von verschiedenen Widerstandsformen können wir den Castor verhindern und so die Atomwirtschaft schädigen ! ! !

FrauenLesben gegen Glühbirnen

Aufruf zur antifaschistischen Demonstration

Die Stadt Wurzen, eingebettet in den Muldentalkreis, etwa dreißig Kilometer von Leipzig entfernt, wird von einer größtenteils jugendlichen Naziszene dominiert, deren Dimension in der BRD vor 1989 nicht vorstellbar war. Ein gesamter Landkreis steht faktisch unter ihrer militanten Kontrolle.
Integriert in den Alltag der dortigen Bevölkerung und administrativen Strukturen, dient ihnen die eroberte Hoheit über einen gesamten Landstrich als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet zugleich.
Die Melange aus Provinzialismus, Ost-Identität als „Verlierer der Einheit", Rassismus, Kapitulation vor Sozialabbau, Unfähigkeit, Angst und Naivität der Muldentaler Bevölkerung bereiteten den Boden für einen strategischen Eroberungsfeldzug der Muldentaler Fascho-Szene, der aus der Mitte der dortigen „Normal"-Bevölkerung gestartet wurde und von dem führende Nazi-Kader schon lange träumen: eine Art „befreite Zone",[1] die durch die Etablierung einer Zellenstruktur die (jugend-)kulturelle Vormacht errungen hat.
Die Demonstration, zu der dieser Aufruf mobilisieren soll, stellt in der Einschätzung des Demo-Vorbereitungskreises einen überaus wichtigen Meilenstein antifaschsistischen Widerstandes im Muldentalkreis dar. Dessen Bedeutung für das gesamte Bundesgebiet, speziell der Neuen Bundesländer, besteht gerade darin, daß die Ausprägung übermächtiger Faschostrukturen in ihrer flächendeckenden Entwicklung im Muldentalkreis exemplarisch am weitesten fortgeschritten ist.
Trotz der beschränkten Wirksamkeit jeder Demonstration soll diese der Öffentlichkeit deutlich machen, daß es notwendig ist, den Nazis direkt entgegenzutreten, ihre Strukturen und Treffpunkte anzugreifen, obwohl dadurch perspektivisch keine konkrete strukturelle Alternative entsteht. Die Notwendigkeit solcher Alternativen ist dem Demo-Vorbereitungskreis sehr bewußt. Deshalb soll die Demonstration Bündnischarakter tragen, der die verschiedensten antifaschistischen Ansätze bündelt: antifaschistische Jugend- und Kulturarbeit, militantes Grundverständnis, parlamentarische wie außerparlamentarische Aktivität, feministischer Widerstand und Flüchtlingshilfe. All diese Akzente soll die Demonstration repräsentieren.

Wenn den Nazis in der dortigen Situation ernsthaft und wirksam begegnet werden kann, dann nur durch gegenseitige Akzeptanz und wechselseitiges Verständnis für alle Facetten einer lebendigen Antifa. Nur eine gemeinsame starke Antifa-Bewegung, die den Aktivitäten der staatlichen Behörden kritisch bis ablehnend gegenübersteht, vermag den Nazis im Muldentalkreis die Vormacht zu nehmen, ihre Strukturen zu zerschlagen und sie vom Rückhalt in der Bevölkerung zu isolieren.

(1) Dies ist ein Begriff, der erstmalig 1992 in dem Theorieorgan „Vorderste Front" des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" auftaucht. Dieser meint insbesondere den Aufbau einer autarken Infrastruktur, die „in erster Linie nicht geografisch definiert" ist, jedoch trotzdem einen Ort bezeichnet, „wo die Menschen unsere Worte an unseren Taten messen können", was auch die „Bereiche" der „Straße" und des „Wohngebietes" meint, wo es darum ginge, „die Etablierung einer Gegenmacht" umzusetzen, die „Freiräume" schafft, „in denen WIR faktisch die Macht ausüben". Diese Zonen sind nach Einschätzung der Nazi-Autoren „in erster Linie in Mitteldeutschland zu schaffen".
Dieses Theoriemodell ist im Bezug auf den Muldentalkreis nicht überzubewerten. Die Parallelen, die sich aus der partiellen Deckungsgleichheit jedoch ergeben, lassen es nach unserer Einschätzung zu, diesen Begriff in Zusammenhang mit dem Muldentalkreis zu bringen, weil er der Dimension der dortigen Faschoszene durchaus gerecht wird.

Die Entstehung faschistischer Strukturen im Muldentalkreis.

„Ab dem Spätherbst 1990 ... war in der ehemaligen DDR ... eine Tendenz zu beobachten. Mehr und mehr bildeten sich Gruppen von Rechtsradikalen in Klein- und Mittelstädten. (Ihr) gemeinsamer Nenner über die Organisationsgrenzen hinweg ... ist zuerst der Rassismus. Der anleitende Einfluß der „Nationalistischen Front" bei Gründung und Etablierung dieser lokalen Gruppierungen ... zeigt sich vor allem darin, daß die Führungspersonen dieser Gruppen zuvor eine intensive Schulung im Westen erhalten hatten. In der Folge bildeten sich, gestützt auf Zellen in diesen Klein- und Mittelstädten, regelrechte neofaschistische Aktionsräume in der ehemaligen DDR."[1]
Anders als in den großen Städten im Osten trafen diese Nazi-Gruppen kaum auf Widerstand. Das Besetzen öffentlicher Räume war den Faschos somit ein Leichtes. Antikapitalistische, nationalrevolutionäre Argumentationsmuster verhalfen ihnen dazu, in der jeweiligen lokalen Bevölkerung einen Rückhalt zu finden. Auch in Wurzen war es nicht schwer, den nationalrevolutionären Käse reifen zu lassen. Mitte 1990 verabschieden sich drei Wurzener Jugendliche gen Alt-Bundesländer. Dabei fällt besonders einer auf: Marcus „Boxer" Müller. Im Frühjahr 1991 nimmt Müller an einem Wehrsportlager der „Nationalistischen Front" teil.[2] Was daraus folgt, ist die unmittelbare Schulung durch die „NF", die ihn befähigt, ideologisch gestählt nach Wurzen zurückzukehren. Derart gerüstet, rufen seine ideologischen Versatzstücke reihum Begeisterung in seinem alten Freundeskreis hervor.
Aus dieser Konstellation folgt eine fatale Entwicklung.

(1) aus: „Drahtzieher im braunen Netz", ID-Archiv Amsterdam 1992.

(2) vergleiche dazu die Broschüre „Leipzig ganz rechts", hrsg. v. Antifaschistisches Broschürenkollektiv, Selbstverlag, Leipzig, 1995.

Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen.

am 16. November 1996 in Wurzen
14.00 Uhr Bahnhof

Zentren

Die Dominanz der Muldentaler Fascho-Szene macht deutlich, daß der gesamte Landkreis territorial zu ihrem Zentrum geworden ist. Das Ausbleiben festgefügter herkömmlicher neonazistischer Organisationsstrukturen zum gegenwärtigen Zeitpunkt läßt zwei Schlüsse zu: Zum einen besteht die Option, dem sozialpädagogischen Klischee „rechtsorientierter" Jugendlicher so zu entsprechen, daß damit Operationsfelder offen bleiben, die das „Stigma" Neonazi ins Leere laufen lassen. Zum anderen ergeben sich so Verbindlichkeiten innerhalb der SymphatisantInnenszene, die sich beliebig einfordern lassen, ohne daß die Hemmschwelle einer Organisationsmitgliedschaft den „Kern" isolieren könnte.(1)
Daraus ergibt sich für die Faschoszene im Muldentalkreis die Notwendigkeit, die militante Hoheit aufrechtzuerhalten. Insofern sind sie auf die Hegemonie in den Jugendzentren und auf der Straße schon deshalb angewiesen, weil ihr Konzept ansonsten eine straffere Organisationsstruktur bedingen müßte und diese sie angreifbarer machen würde. Darüber hinaus wurde im Oktober 1995 ein Gebäudekomlex auf einem stillgelegten Industriegelände an der Wurzener Käthe-Kollwitz-Str. durch junge Faschos besetzt und zur Festung ausgebaut, in der sich nicht nur teilweise bis zu 300 Faschos auch überregional trafen, sondern auch zahlreiches NS-Propagandamaterial gelagert wurde. Obwohl das Haus seit anfang August 1996 geschlossen ist, besteht jederzeit die Option, daß die Faschos einen ebenbürtigen Faschotreffpunkt erhalten können. Dabei stehen ihre Chancen nach Schließung des besetzten Hauses besser als je zuvor, da Innenministerium, Regierungspräsidium und kommunale Verantwortungsträger gewillt sind, einen solchen für die Faschos zu schaffen.

(1) Das Sächsische Ministerium des Innern spricht von einem „Kern - bestehend etwa aus 30 Personen" (siehe VS-Bericht 1995)

Vom Muldentalkreis als Faschozentrum zu sprechen, meint also nicht das Zentrum im Landkreis, sondern ihn als solches.(2) Diese Situation spricht nach unserer Einschätzung für eine neue Qualität faschistischer Aktivitäten. Die Rolle eines charismatischen Führers rückt in den Hintergrund - vor diesem entfaltet sich eine breite, flächendeckende Wirksamkeit. Die zum Teil diffusen Weltbilder der rechten SymphatisantInnenszene sind dafür mehr als ausreichend.
Besondere Brisanz rührt aus der Einschätzung, daß dieses Modell in den Neuen Bundesländern durchaus auch für andere Regionen zukunftsträchtig sein kann. Der braungefärbte Bodensatz wird vor allem in den ländlichen Regionen ähnliche Entwicklungen zur Folge haben, wenn ihm nicht rechtzeitg Einhalt geboten wird.
Deshalb ist es wichtig, Wurzen und den Muldentalkreis als Exempel zu begreifen. Die weit fortgeschrittene Vormacht der Faschos dort spricht für eine neue Qualität, der unbedingt entgegengetreten werden muß.

(2) Dabei war das durch die Faschos besetzte Haus in Wurzen „nur" ein entscheidender Mosaikstein. Der Ausbau zur Propagandazentrale machte aus ihm ein Zentrum im Zentrum.

Deshalb fordern wir uneingeschränkt:

Keine Räume für Faschisten!
Kein neues Faschohaus!

Rekrutierungsbasis, Jugendarbeit

Das Gespenst der „Akzeptierenden Jugendarbeit" spielte seit ihrer Praktizierung ausschließlich den Faschos in die Hände. Bedingt durch die Leugnung einer faschistischen Szene durch die Stadtverwaltung rannten ambitionierte Jugend -und SozialarbeiterInnen mit ihrem naiven Vorsatz, alle Jugendlichen unbedingt zusammen bringen zu müssen, bei den Stadtverantwortlichen offene Türen ein. Unter diesen Vorzeichen gelang es den Faschos nach monatelangen Rangeleien unter den Jugendlichen und mit den verantwortlichen JugendarbeiterInnen sich als Lobby der gesamten Wurzener Jugend darzustellen: sie bestimmen seitdem, was „die" Wurzener Jugend braucht und was nicht.(1) Die Unfähigkeit der von der Stadt eingesetzten Jugend- und SozialarbeiterInnen machte es ihnen nicht schwer.

(1) In einem Interview mit der LVZ-Muldentalzeitung vom 14. November 1992 antwortet Markus Müller auf die Frage, ob es denn stimme, daß die „Rechten" das Proben von Rockbands in Wurzen nicht mehr zulassen wollen: "Wir haben kein Interesse ... schließlich ist dieses ... durch unseren Einsatz, gemeinsam, überhaupt erst entstanden. Wir wollen keinen Krieg. Hätten wir den gewollt, gäbe es ihn längst."

(2) Im selben Interview gibt Markus Müller folgendes zum besten: „Das Ziel mit dem Jugendhaus ist erreicht. Jeder kann seine Fete dort machen. Feiern wir eine Party, läßt sich niemand dort blicken und umgedreht ... Was sollte das für Sinn haben, wenn wir da runtergehen und Randale veranstalten."
Weiter unten ergänzt er auf die Frage, ob die „rechte Szene" gewaltbereit sei:
„Also, als letztes Mittel lehnen wir sie nicht ab. Aber wo Gewalt anfängt, hört der Geist auf."

(3) In einem Interview mit dem Jugendarbeiter des Jugendhauses „Goldenes Tälchen" meint dieser zur „rechten Szene":„...so politisch, wie sie immer hingestellt werden, sind die hier gar nicht. Da gibt es drei Führer und der Rest sind Mitläufer."
Der CDU-Kreistagsabgeordnete und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses des Muldentalkreises, Wolgang Klohoker, in einem Interview mit der LVZ-Muldentalzeitung vom 11.April 1996: „Die Jugend ist nicht ohne Ziele oder Ideale. Im Gegenteil. Bei den Rechten sind die nur falsch ausgerichtet. Da muß man den Hebel ansetzen."
Woraufhin er weiter unten anführt, was er unter „kreativer Jugendarbeit" versteht:
„Zum Beispiel mal am Wochenende raus ans Lagerfeuer."
Daß seit mindestens 1993 die Faschos genau dies regelmäßig zur „Sonnenwendfeier" tun, wie selbst das Sächsische Innenministerium auf Anfrage (der PDS-Landtags-Fraktion vom 4.September 1995) weiß, ist da einmal mehr dafür bezeichnend, welch leichtes Spiel die Faschos im Muldentalkreis haben.

(4) siehe LVZ-Muldentalzeitung vom 30. August 1994.

(5) siehe LVZ-Muldentalzeitung vom 6. Juni 1996

(6) ebenda

(7) ebenda

Ein „gemeinsames" Jugendhaus, genannt „Goldenes Tälchen", das wegen Überforderung des dort angestellten Jugendarbeiters folgerichtig einging, zeigte schon 1992 woher der Wind weht.[2]
Die simple Behauptung, „gegen Gewalt" zu sein, wird zum Freibrief und zur Einladung zugleich. Sie wird den Faschos als Sekundärtugend angedichtet und fern jeglicher neofaschistischer Ideologie als Beweis dafür herangezogen, daß sie für die Demokratie ja nicht verloren seien.[3]
Ein adäquates Bild zeigt sich an den Schulen des Muldentalkreises. Die LehrerInnen dort setzen auf „Dialog" mit jenen, von denen sie auch schon mal als „Antideutschlandpfleger" öffentlich angeprangert werden.[4]
Ein ständiges statistisches Aufrechnen, daß die Mehrheit ja „niemanden etwas zuleide tue" stärkt den Faschos gar den Rücken. Sie können sich so vor ihren MitschülerInnen als rebellierende Outlaws aufspielen, die dadurch Respekt und Anklang finden. Zum Alltag gehört das Herumreichen faschistischer Propaganda. Mit „Hakenkreuzen auf T-Shirts" kommen SchülerInnen zum Unterricht.[5] „Ständiges Leitmotiv ihrer Gedankenwelt ist die Auffassung, das `System´ sei an allem Schuld."[6] Oder: „Unsere Jugend hat keine Möglichkeiten".[7]
Die erschlagende Vormacht der Nazis führt das traditionelle jugendkulturelle Verständnis ad absurdum. Nichts scheint dort so, wie der bundesrepublikanische Alltag es immer suggeriert. Linke Opposition ist völlig undenkbar, praktischer Antirassismus exitiert dort nicht. Und auch Alt-Achtundsechziger können dort nicht schuld sein, wie in konservativen Kreisen gern behauptet wird - die gibt es dort nämlich ebensowenig.
Aus Erfahrung wissen wir, daß dort, wo den Nazi-Aktivitäten offensiv entgegengetreten und wo es nicht geduldet wird, daß sie sich in den Alltag integrieren können, das Konzept der Ausgrenzung nach wie vor Wirkung zeigt und deshalb als einziger erfolgversprechender Weg richtig ist.
Dieser Prozeß wird nur in Gang kommen, wenn genügend Druck ausgeübt wird, der es längerfristig möglich macht, daß dieselben Verantwortlichen, die heute noch meinen, ihre Nazi-Schäfchen im „Dialog" überzeugen zu können, diesen abbrechen müssen und damit den Nazis ihr Handlungsspielraum entzogen wird.

Ein erster Schritt dazu ist die Umsetzung unserer Forderungen:

Keine Jugendzentren für Rechte und Faschisten!
Keine Duldung rassistischer und faschistischer Inhalte und Aktivitäten in den Schulen!

Weitere Zitate aus Presseartikeln:
„Wir sind schon mit `Heil Hitler´ im Korridor begrüßt worden, erzählt ein Lehrer." „... würden Mitschüler unter Druck setzen, Schreibtische und Klos mit Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen beschmieren und Lehrer bedrohen, wie berichtet wird." „Andere Schulen im Kreis haben dieselben Probleme auch"
„Die betreffenden Schüler sind 13 bis 15 Jahre alt." „So etwas wie eine linke Szene gibt es an unserer Schule nicht. Aber wer auch nur ansatzweise in diese Richtung tendiert, wird bedroht." „`sie sind auch noch dran´, mußte sich ein Lehrer vor einiger Zeit anhören." (ebenda)
„Eigene Recherchen haben ergeben, daß an Wurzener Mittelschulen rechte Bewegungen starken Zulauf haben." „Auch aus dem Gymnasium liegen Informationen vor, nach denen es dort neonazistische Splittergrüppchen gibt."
(LVZ-Muldentalzeitung vom 30.August 1994)

Staatliches Verhalten

Exemplarisch für die staatliche Sichtweise ist die Darstellung der Muldentaler Fascho-Szene im 95er Sächsischen Verfassungsschutzbericht. Aus der für den VS typischen Lesart ergibt sich zwar die Konstatierung einer „örtlichen rechtsextremen Szene", doch Straftaten derselben werden als Fakten verschwiegen. Eine Gegenrecherche ergab, daß über ein Dutzend Straftaten der Faschos keinen Eingang in den VS-Bericht fanden.
Diese Tatsache an sich ist für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Bundesrepublik alltäglich:
Faschos sind in erster Linie „mit anderen rivalisierende Jugendbanden" oder „verwirrte" jugendliche Einzeltäter, „alleingelassen" und am „Rand der Gesellschaft". Rassistische oder faschistische Motive werden zu „krimineller Energie" umgelogen.
Die von vielen vertretene „Sozialthese" hält in aller Regel einer empirischen Untersuchung der Sozialstruktur nicht stand.(1) Trotzdem wird sie immer wieder als Argument dafür ins Feld geführt, daß alles nur kausal mit der sozialen Situation zusammenhänge. Sollte diese Hilfskrücke zur individuellen Entlastung jedoch im Einzelfall wegbrechen, erfolgt traditionell durch stereotype Argumentationsmuster eine Entlastung der TäterInnen: die „Ausländerproblematik" sei schuld, die Ablehnung „asozialer" Lebensweisen sei ja erst einmal nicht schlecht oder „Ordnungsliebe" sei eine positive Tugend.
Gestärkt durch ein Ordnungsmodell, das von staatlichen Institutionen gar nicht mal soweit entfernt ist, wie viele Faschos vermeintlich glauben, ergibt sich aus dieser Logik ein Umgang staatlicher Stellen mit Nazi-Aktivitäten, die sich dann nur noch auf die Frage 'Gewalt oder Nicht-Gewalt ?´ reduziert.
Genau diese verkürzte Sichtweise führte dann auch im Muldentalkreis zu der Situation, daß es außer Faschos und den natürlich in der Mehrheit befindlichen sogenannten „normalen" Jugendlichen nichts gibt, weil es durch die jugendkulturelle Hegemonie der Faschos nichts anderes geben kann (außer halt „normal" zu sein und zu schweigen).
Spätestens mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes in Deutschland und der Instrumentalisierung der Fascho-Pogrome können sich jugendliche Nazis immer auf der Siegerseite wissen. Sie können sich selbst als „Vorreiter" begreifen, denen der Staat irgendwann nachgibt. Von dieser mythisierenden Sichtweise können die Faschos noch lange profitieren, denn kein verantwortlicher Staatsdiener kann verdrängen, daß das „Asylproblem" gemeinsam mit den Straßen-Faschos bereinigt wurde.
Genauso war es in Wurzen. Die Nazis griffen das Flüchtlingsheim an und seitdem ist Wurzen flüchtlingsfreie Stadt. Wer da meint, die kommunalen Entscheidungsträger wären darüber unglücklich, irrt gewaltig.(2)
Zwar dürfen (!) sich Nicht-Deutsche als Gewerbetreibende auch in Wurzen verdingen, doch die rassistische Standort-Kosten-Nutzen-Rechnung ist dabei alleiniges Motiv.
Vor diesem strukturellen Hintergrund lassen sich auch bekanntgewordene Einzelfälle als Spitze des Eisberges begreifen:
Gelinderte Strafmaße durch die Staatsanwaltschaft Grimma, die grundsätzlich alle Nazi-Straftaten zu „jugendtypischen Delikten" macht, sprechen ebenso dafür, wie die richterlichen Urteile. Strafvereitelnde Ermittlungen der Polizei bei Fascho-Übergriffen paaren sich mit der Vorwarnung an die Adresse der Faschos, als im besetzten Wurzener Faschohaus eine Razzia anstand, die den Faschos auf den Tag genau schon eine Woche vor Durchführung bekannt war. So ergehen ordnungsrechtliche (!) Auflagen für das Haus an die Faschos, die juristisch mehr als fragwürdig sind.(3)

Folgende Forderungen werden von uns erhoben:

Kein Verschweigen, kein Verharmlosen rechter Übergriffe!
Die Kumpanei zwischen Faschos, staatlichen Institutionen und Polizei entlarven!

(1) So sagt Marcus Müller gegenüber der LVZ-Muldentalzeitung vom 14. November 1992: „Der größte Teil von uns geht arbeiten und hat keine Lust vor der Arbeit irgendjemand aufzulauern."

(2) Klaus-Thomas Kirstenpfad, Dezernent für Ordnung und Sicherheit beim Landratsamt des Muldentalkreises dazu: „Man befürchtet eine Sicherheitsgefährdung für die Bevölkerung." (in LVZ-Muldentalzeitung vom 19. Juli 1996)

(3) Weitere Äußerungen von verantwortlichen Politikern und Amtsträgern sind hier anzuführen: Jugendamtsmitarbeiter Stör: „Die Linken sollte man einsperren." (LVZ-Muldentalzeitung vom 25. Januar 1995) Wurzens Bürgermeister Anton Pausch: „In unserem Staat stellen einzig und allein die Gerichte fest, wer schuldig ist und wer nicht. Sie können aus dieser Rechtslage heraus von der Verwaltung keine Beurteilung abverlangen." (Antwort auf eine Anfrage der Wurzener PDS-Fraktion vom 24.Mai 1996, was dem Bürgermeister über die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem besetzten Faschohaus bekannt sei.) Bürgermeister Pausch: „Die NPD ist doch eine demokratische Partei." (in Frankfurter Rundschau vom 26. Juni 1996) Persönlicher Referent des Bürgermeisters, Dr. Jürgen Schmidt: „Schlimm und bedauerlich, daß solche Vorfälle wie gewalttätige Auseinandersetzungen jeglicher Art immer wieder vorkommen, aber wenn bereits Eltern und Schulen in der Erziehung Probleme haben, wie sollen dann Stadtverwaltung und Stadträte diese zumeist fremd gesteuerten Auswüchse korrigieren? Natürlich ist es leicht, dafür immer die Stadtverwaltung verantwortlich zu machen. Erpressen lassen wir uns aber nicht." (Erklärung des Dr.Schmidt vom April 1996 zu einem ZDF-Bericht über die rechte Szene in Wurzen). Polizeisprecher Hille: „Die Bunten pöbeln uns immer an; das gehört scheinbar zu deren Kultur. Die anderen machen das nicht. (in Die Woche, 16. Mai 1996; Anmerkung: mit „die Bunten" werden in Muldentalkreis Punks und Alternative bezeichnet)

Bevölkerung

Wenn selbst Sachsens Inneminister Hardraht das Problem hat, „daß die Rechtsextremisten Wurzen als ihr Revier ansehen", muß es dafür Gründe geben, die ihnen die Heimattreue nicht verderben.[1] In ihrem „Revier", in dem „sie das Straßenbild wie in einer besetzten Stadt bestimmen" und „auffallend viele Jugendliche nach dem äußeren Erscheinungsbild dem rechten Lager zuzuordnen sind", kann es nicht ohne entscheidenden Rückhalt in der Bevölkerung zu derlei Ausmaßen gekommen sein.[2]
Wer sich ernsthaft mit der Wurzener Faschoszene beschäftigt, wird schnell bemerken, woher der Wind weht, der den Faschos eben dort nicht ins Gesicht schlägt. Von großen Teilen der Bevölkerung werden Verschwörungsszenarien vertreten, durch die sie sich selbst zu immer neuen Schutzreflexen für „ihre Kinder" nötigen.
Die Behauptung, daß die rassistischen und faschistischen Denkmuster ausschließlich „von außen" in den Muldentalkreis hineingetragen werden, dient der Bevölkerung dabei zu ihrer eigenen Entlastung. Die Alltäglichkeit ist dort eine reale Banalisierung der Geschehnisse.
Sich als „Deutsche zweiter Klasse" zu fühlen, „Verlierer der Einheit" zu sein oder Arbeitsplätze ersteinmal für Deutsche zu fordern, sind Argumentationsmuster, die jedes Faschokid genauso herunterbeten kann wie die Oma von nebenan oder die Verkäuferin im Supermarkt.
Genau das jedoch macht in den Neuen Bundesländern die Mitte der Gesellschaft aus. Diesem Fakt sollten sich alle bewußt sein, denen an einer tiefgründigen Antwort auf die Ursachen des Muldentaler Faschoproblems gelegen ist. Rassistische Ressentiments sind ein gesellschaftlicher Allgemeinplatz, der gerade in einem Appell an Zivilcourage seinen Ausdruck findet. Diese nämlich müßte gar nicht eingeklagt werden, wenn sie zu den Grundfesten der Mehrheit der Bevölkerung gehörte.
Eine Entlastung der Muldentaler Bevölkerung fällt deshalb sehr schwer[3]. Uns als AufruferInnen ist jedoch klar, daß, nur wenn die Mehrheit nicht mehr die schützende Hand über „ihre Kinder" hält, dem Problem erfolgversprechend begegnet werden kann. Solange eine Isolation des entscheidenden Kerns der Faschos durch bestehenden Rückhalt nicht möglich ist, solange sind antifaschistische Kräfte, die bei der dortigen Situation nur von außen agieren können, gezwungen, den gesamten Landkreis in der Öffenlichkeit so zu diskreditieren, daß das Fascho-Problem zu einem ökonomischen und wirklichen sozialen Problem wird: Dann nämlich kann allen Verantwortlichen und der Bevölkerung nur so klar gemacht werden, wie sich die faschistische Szene negativ auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Investoren auswirken kann. Das Ziel könnte dann nur sein, über intensive Öffentlichkeitsarbeit so viele Investitionshemmnisse wie möglich zu schaffen.[4]

Wir sind jedoch keine AnhängerInnen diffuser Verelendungstheorien. Deshalb richten sich unsere Forderungen als Appell an die dortige Bevölkerung:

Keine Akzeptanz der Rechten im Muldentalkreis - wer schweigt, stimmt zu!

(1) in Die Welt vom 22. Juni 1996

(2) in Süddeutsche Zeitung vom 25. Mai 1996 und in Die Welt vom 22. Juni 1996

(3) LVZ-Muldentalzeitung vom 18. Juli 1996: „Wurzener empört über neue Schmierereien" - gemeint sind Antifa-Graffitis wie „Nazis raus aus Wurzen". Voller Wortlaut eines befragten Wurzener Bürgers: „An der Deutschen Bank muß ich an der Ampelkreuzung oft warten, habe mich immer wieder an den sanierten Häusern gefreut. Das waren für mich Zeichen, daß es in Wurzen vorwärtsgeht. Wissen diese Leute eigentlich, wieviel Zeit, Können, Mühe und nicht zuletzt Geld es Handwerkern und Bauherren gekostet hat, die Gebäude so ansprechend herzurichten? Das sind keine Sprüher, die sowas machen. Sprüher haben nämlich Ehrgeiz und ästhetisches Empfinden. Ich habe den Eindruck, daß sich hier Unbekannte ganz zielgerichtet ausschließlich auf moderne Fassaden gestürzt haben. Das ist einfach nicht nachzuvollziehen. Wer das Stadtbild mit solchen dummen Losungen verschandelt, ist kriminell. Gegen den muß etwas unternommen werden (...) Wenn das Fremde lesen, könnten sie glauben, Wurzen wäre tatsächlich von Nazis verseucht".

(4) Das dies möglich ist, beweist der 1996 erschienene „Plötz-Immobolienführer Leipzig/Halle". Dort wird vor einem Umzug nach Wurzen gewarnt - „durch eine rechtsextreme Szene in die Schlagzeilen geraten."



Antifa

Anders als in vielen Teilen der BRD hat sich im Muldentalkreis der Faschomob kaum aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Im Gegensatz zur bundesweiten Strategie der Neuorganisierung nach den Verboten einzelner Naziorganisationen, die der Staat erzwang, um das internationale Ansehen nach der von ihm geschürten Pogromwelle zu wahren, hatten es die Nazis dort aufgrund ihrer Stärke gar nötig, sich zurückzuziehen. Außer zeitlich begrenzter taktischer Manöver, die ihnen die Hoheit über die Jugendszene in noch stärkerem Maße sichern sollte, konnten sie ohne Einschränkung schalten und walten, wie sie es für richtig hielten.(1)

Das macht es für antifaschistische Gegenwehr um so schwieriger. Die wenigen im Muldentalkreis, die sich ihre antifaschistische Grundhaltung nicht nehmen lassen, kämpfen um ihre bloße existentielle (!) Sicherheit.

Von einer wenigstens kleinen antifaschistischen Infrastruktur auszugehen, ist reines Wunschdenken. Somit gibt es im Muldentalkreis keine Basis, von der aus operiert werden könnte. Ein ausschließlich militantes Antifa-Konzept, welches den Faschos ihre Sicherheit nimmt, ist somit zum Scheitern verurteilt, auch wenn nicht ausgeschlossen werden darf, daß herausragende Faschotreffs angegriffen werden müssen.

Die antifaschistische Gegenwehr kann aber viele Facetten haben. Diese praktisch umzusetzen tut not. Es geht dabei um eine parlamentarische wie außerparlamentarische Umsetzung, die beide letzlich dasselbe Ziel haben müssen: Den Faschos offensiv entgegenzutreten, sie Stück für Stück zurückzudrängen, bis sie gezwungen sind, hinter verschlossenen Türen, im engsten Kreis Ewiggestriger, nicht ihr Vaterland, sondern sich selbst permanent zu verteidigen.

Wichtig ist dabei, daß Zeit, Ort und Form den Faschos diktiert werden - nicht umgekehrt. Den staatlichen Aktivitäten muß dabei kritisch bis ablehnend gegenüber gestanden werden, um der strukturellen Kungelei nicht zuzuarbeiten.

Organisiert den antifaschistischen Widerstand - bildet Antifa-Gruppen!
Schaut nicht weg - greift ein!
Keine Kriminalisierung antifaschistischer Gegenwehr!

(1) So gab es beispielsweise einen „Runden Tisch der Jugend", der sich als reine Faschoplattform entpuppte. Zur ersten von Bürgermeister Pausch einberufenen Runde kamen dann gleich mal einhundert (!) Faschos zusammen mit ihren Eltern (!). Dort zwangen die Nazis das Häuflein alternativer Jugendlicher zum engültigen Stillhalten (O-Ton: „Sonst gibt's am Wochenende Tote."). Die Faschos wußten schon vorher, daß Bürgermeister Pausch dort ein neues Jugendzentrum anpreisen würde, worauf die Faschos sich kehrtwendend als die einzig möglichen Nutzer präsentierten. Sie erhoben dann die Forderung, ja auch die alternativen Jugendlichen mit an den „Runden Tisch" zu bitten. Bürgermeister Pausch kommentierte das wohlwollend mit den Worten: „Wenn Jugendarbeit, dann bitte unter einem Dach - man muß miteinander leben." (aus LVZ-Muldentalzeitung vom 26. Oktober 1994)
In Gerichshain, ca. zehn Kilometer von Wurzen entfernt, kam es am 26.April 1996 zu einem Gespräch der Faschos mit den dortigen Gemeindeverantwortlichen. Der Grund war das mit zweihundert Nazis im selben Ort durchgeführte Treffen anläßlich des Geburtstages von Adolf Hitler am 20. April. Es war die gößte Hitlerfeier in der Bundesrepublik 1996. Das in der Presse als „schiefgelaufenes Wochenende" (LVZ-Muldentalzeitung vom 27. April 1996) deklarierte Nazitreffen hatte bei besagtem „Gespräch" mit den Gerichshainer Verantwortlichen nicht etwa Geschichtsunterricht zum Inhalt - über dessen Sinn sich dann sogar streiten ließe -, sondern zeigte einmal mehr die Taktiererei durch die Faschos und wie sehr ihnen auf den Leim gekrochen wird. So äußerte sich der Gerichshainer Bürgermeister über einen Stillhaltepakt, der einige Zeit vor dem 20. April geschlossen wurde. Dieser zeigt beispielhaft, welchen Druck die Faschos im dortigen Landkreis ausüben können.
Bürgermeister: „Ich unterstelle euch einfach mal, ihr habt nicht gewußt, wieviele kommen (meint die Feier zum „Führer"- Geburtstag), doch das sind Größenordnungen, die wir nicht dulden können."
Faschos: „Nachdem wir nun wissen, daß das so nicht geht, kommt das auch nicht wieder vor."
Bürgermeister: „Recht habt ihr. Ihr wißt, ihr habt einen Vertrauensvorschuß bei mir. Die Aussiedler (gemeint sind die in Gerichshain untergebrachten) habt ihr auch in Ruhe gelassen."
Fascho: „Wieso denn nicht, wir haben mit ihnen sogar Bier getrunken."
(zitiert aus LVZ-Muldentalzeitung vom 27.April 1996)



Charakter der Demonstration

Die Demonstration am 16. November soll die unterschiedlichen Antifa-Ansätze bündeln und deshalb einen weitreichenden Bündnischarakter tragen. Bündnis meint dabei sowohl ein Zusammengehen der verschiedenen autonomen Antifa-Gruppen als auch das Angebot an antifaschistische Kreise von Parteien und Organisationen (PDS, Die Grünen, evtl. SPD und Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen, Kirchen), die Demonstration zu unterstützen. Dabei steht für uns fest, daß ein Bündnis inhaltliche Unterschiede nicht nievellieren muß, sondern durchaus repräsentieren kann. Wenn in Wurzen bzw. im gesamten Muldentalkreis perspektivisch antifaschistische Politik, z.B. in Form eines alternativen Jugendprojektes eine Chance haben soll, bedarf es der verschiedensten Initiativen. Praktisch kann dies während der Demo durch unterschiedliche TeilnehmerInnenblöcke, Transparente, verschiedene Flugblätter etc. sichtbar werden. Im Zusammenhang mit der Vermittlung des Anliegens der Demonstration wäre auch ein differenzierter Umgang mit MedienvertreterInnen angebracht. Nicht jeder „Kameramann" muß ein „Arschloch" sein. Eine erfolgreiche Antifa-Strategie in der Muldentaler Region ist von einer Berichterstattung etablierter Medien (leider) abhängig.
Weder Polizeispalier noch das Abfilmen durch die Polizei werden hingenommen, da sie die Demonstration von vorneherein medienwirksam diskreditieren und einer tendenziösen Berichterstattung Vorschub leisten sollen. Provokationen von Fascho-Gruppen am Rande der Demonstration werden, wenn sie die Polizei nicht unmittelbar unterbindet, durch Antifa-Gruppen beendet. In einem solchen Falle wird es jedoch nicht zu einer Auflösung der Demonstration kommen, denn dies wäre ein willkommener Anlaß für die Polizei, die Situation zu eskalieren. Im Nachhinein würde dies der eingeschworenen Gemeinschaft von LeugnerInnen und IgnorantInnen des faschistischen Zentrums Wurzen als Bestätigung ihrer irrwitzigen These dienen, daß die „Gewalt" in Wurzen von außerhalb in die Stadt hineingetragen würde.
Während der Demonstration gilt ein absolutes Alkoholverbot, welches von allen UnterstützerInnen der Demo durchgesetzt werden muß. Gerade Erfahrungen in Wurzen haben gezeigt, daß alkoholisierte Leute zu einem Risikofaktor werden.
Klar muß sein, daß die sächsische Polizei umfassende Vorkontrollen durchführen wird. Sachsen hat eines der schärfsten Polizeigesetze der BRD überhaupt. Hier ist zum Beispiel ein 14-tägiger Vorbeugegewahrsam möglich. Kurz vor oder während der Demo auftretende Probleme werden durch einen Kreis entschieden, der sich aus den AnmelderInnen und aus den Delegierten der angereisten Gruppen zusammensetzt.

ErstunterstützerInnen

Antifa Arbeitskreis Castrop-Rauxel · Antifa Bitterfeld · Antifa De/Dz (Dessau, Delitzsch) · Antifa Ha/Qu (Harz-Quedlinburg) · Antifa Nierstein · Antifa Weimar · Antifa Wittenberg · Autonome Antifa (M) - Göttingen · Antifaarchiv Metropolis (Potsdam) · Antifaschistische Aktion Halle/S. · Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg · Autonome Antifa Heidelberg · Autonome Frauengruppe Daria Texoxe (Hamburg) · B12 e.V. (Leipzig) · BewohnerInnenrat Leipzig · Brigade „Hans Beimler" (Riesa) · Bündnis gegen Rechts (Leipzig) · Bündis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf (Celle) · FRENTE - antifaschistisches Jugendinfo (Leipzig) · Friedensweg e.V. (Leipzig) · IG-Metall Jugend Leipzig · Infoladen Erfurt · Infoladen Leipzig · Infoladen Weimar · Initiative Antira§§istische Politik (Chemnitz) · kahina - autonome Flüchtlingshilfe (Leipzig) · Offenes Antifaschistisches Plenum (Leipzig) · Offensive (Jugendorganisation der PDS-Leipzig) · Städtepartnerschaft für den Frieden - Antifaschistisches Aktionsbündnis Hamburg · Tod und Mordschlag · Unabhängige Antifa Bielefeld · Verband der Motorradclubs Kuhle Wampe · Vereinigte Linke (Leipzig) · VVN/BdA (Chemnitz)

Die Demo unterstützen zusätzlich:

AG Junge GenossInnen Leipzig · Aktionsrat TU Berlin · Annelie Buntenbach (MdB, B90/Grüne) · Antifa Bonn/Rhein-Sieg (AA/BO) · Antifa Jugendfront Berlin · Antifa Norderstedt · Antifa-West (Bielefeld) · Antifaschistische Aktion Berlin · Antifaschistische Jugendfront (Hamburg) · Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion (Braunschweig) · Bund der Antifaschisten (Sachsen) · Ini gegen Hetendorf 13 · Matthias Gärtner (MdL - Sachsen Anhalt) · PDS Landesvorstand Sachsen · PDS Leipzig · PDS Leipzig-Land · PDS Muldentalkreis · R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N. · Steffen Tippach (MdB) · Ulla Jelpke (MdB) · *Stand: 25.09.1996*

El Salvador Komitee im Stadtteilladen Breisacherstraße 12, 81667 München, den 11.9.96

Offener Brief

An die Staatsanwaltschaft beim bayerischen Obersten Landesgericht

Am frühen Morgen des 14. August 1996 wurden die Räume des Infoladens sowie die Räume des Stadtteilladens Haidhausen an der Breisacher Straße 12 von Beamten des Bayerischen Landeskriminalamtes gewaltsam geöffnet und durchsucht. Dazu wollen wir als Mitbenutzer des Stadtteilladens folgendes erklären:

Sie haben am 14.8.96 in unserem Stadtteilladen eine Hausdurchsuchung durchgeführt.

Sie hatten dafür keinen Hausdurchsuchungsbefehl.

Es gibt aus unserer Sicht zwei Möglichkeiten, die Sache in Ordnung zu bringen:

1. Wir verfahren nach der Methode „Gleiches Recht für Alle" und führen bei Ihnen ebenfalls eine durch nichts gerechtfertigte Hausdurchsuchung zu nachtschlafender Zeit durch.

Wir sind allerdings der Meinung, daß ein solches Vorgehen möglicherweise illegal wäre, wundern uns aber gleichzeitig, daß sie der Frage der Legalität bei Ihrer Aktion anscheinend keine weitere Beachtung geschenkt haben.

2. Es gibt auch eine zweite Möglichkeit, die uns sogar noch eleganter scheint: Wir liefern Ihnen einfach nachträglich einen Vorwand für Ihre Hausdurchsuchung. Damit wären sie juristisch aus dem Schneider und wir könnten die Sache auf sich beruhen lassen . (Für die angerichteten Schäden müßten Sie selbstverständlich geradestehen, und wir würden auch Wert darauf legen, daß Sie uns wenigstens einen rückwirkenden Hausdurchsuchungsbefehl für unsere Akten nachreichen).

Den o.g. Vorwand können wir Ihnen liefern, sobald wir uns etwas eingehender mit Ihrer „Mitteilung" vom 14.8.96 befassen:

In der besagten Mitteilung steht zu lesen, daß Sie wegen „Verdachts der Beihilfe zum Werben für eine terroristische Vereinigung" tätig geworden sind. Aus dem uns vorliegenden Hausdurchsuchungsbefehl gegen R.R. wohnt übrigens nicht in der Breisacherstraße – und unbekannt geht hervor, daß „der Generalbundesanwalt gegen die unbekannten Verfasser, Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der Druckschrift „radikal" Nr. 153 vom November 1995 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Werbens für eine terroristische Vereinigung führt". Nun, die Zeitschrift „radikal" begeht gerade Ihr zwanzigjähriges Bestehen, gehört also in gewisser Weise auch schon zu den etablierten Medien dieser Republik. Und in Zusammenhang mit dem o.g. „Verdacht" gibt es noch keinerlei rechtskräftige Verurteilung.

Sie machen der Zeitschrift zum Vorwurf, daß die „Tatbekennerschreiben der Roten Zora" abdrucke, wobei sich „aus dem Kontext eine Identifizierung mit der Tatbekennung" (Sie meinen wahrscheinlich eine Identifizierung mit der Tat) und „eine unmißverständlich zustimmende Tendenz ergebe. Es scheint Ihnen in Wirklichkeit darum zu gehen, der Öffentlichkeit eine Zeitschrift vorzuenthalten, die neben Bekennerschreiben durchaus lesenswerte politische Artikel und Analysen abdruckt. Daß Sie die politischen Inhalte dieser Zeitschrift nicht teilen, können wir nachvollziehen, aber wir leben doch in einer pluralistischen Gesellschaft und niemand drängt Ihnen ein Abonnement auf.

Die oben genannten formalen Begründungen, mit denen Sie die Zeitschrift „radikal" zu kriminalisieren versuchen, können ohne Probleme auch auf bürgerliche Medien angewendet werden: Zumindest haben wir uns, sofern wir KonsumentInnen bürgerlicher Medien sind, noch längst nicht damit abgefunden, jeden Tag mit undifferenzierten Gewaltdarstellungen, Berichten über Kriege und Kriegstreiber etc. konfrontiert zu werden, ohne die eigentlich fällige sofortige und energische Distanzierung von Gewalt und Terror. Wir wissen sehr genau, daß ein Politiker, auch wenn er ein paar Tausend Menschenleben auf dem Gewissen hat, in Regierungskreisen hierzulande noch allemal ein geschätzter Gesprächspartner sein kann. Gerade wieder müssen wir bürgerlichen Medien den Wunsch unserer Regierung entnehmen, deutsche Kampftruppen ins ehemalige Jugoslawien zu schicken. Eine sofortige und energische Distanzierung von Gewalt und Terror uns eine Bezugnahme auf die während dem zweiten Weltkrieg von deutschen Kampftruppen im damaligen Jugoslawien begangenen Greuel wurden in den wenigsten Medien geboten. Uns scheint sogar, daß sich aus dem Kontext eine Identifizierung mit der Tat uns eine unmißverständlich zustimmende Tendenz ergibt ...

Wir fühlen uns dennoch in der Lage, uns selber ein Urteil darüber zu bilden, wer nach unserer Meinung Grund hat, zum Mittel der Gewalt zu greifen, ob, und wenn ja, welche Konflikte mit Gewalt gelöst werden sollten und welche nicht.

Wir lassen Ihnen diese plumpen Kriminalisierungsversuche gegen linke Zeitschriften und politische Treffpunkte wie den Infoladen nicht durchgehen und werden in sämtliche uns zugänglichen Zeitungen und Pamphleten unseren Einfluß geltend machen, damit dort für „radikal" geworben wird.

Übrigens, beim Surfen im Internet ist uns zufällig die Bestellanschrift für „radikal" begegnet:

radikal online: http://www.xs4all.nl/"tank/radikal

Auch die Post scheint die Verbreitung von „radikal" auf ihre Weise zu unterstützen:

Äußerer Umschlag: Ravage, Van Ostadestraat 233, NL-1073 Amsterddam, innerer Umschlag: Z.K.

Indem wir hoffen, Ihnen mit diesem – nachträglichen – Vorwand gedient zu haben, verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr El Salvador Komitee im Stadtteilladen Breisacherstraße 12

P.S. Wir möchten Sie ausdrücklich darauf hinweisen, daß dieser Vorwand nur als Rechtfertigung für Ihre Hausdurchsuchung vom 14.8.96 gilt und Sie keinesfalls zu weiteren illegalen Aktionen berechtigt.

ÜBERFALL DER POLIZEI AUF ALTERNATIV-WOHNHAUS

Aue (Sachsen)

Am frühen Morgen des **4.Oktober 1996** wurde das Alternativ-Wohnhaus in Aue durch 200 Bullen (Einsatzkommando Chemnitz) überfallen.
Am vorangegangenen Abend fand im Haus eine Geburtstagsparty statt, auf der zwei befreundete Bands aus Spanien spielten(KRUEL CIRCUS und ABSENCIA DE CONEIXEMENT). Nach ihrem Konzert hielten sich einige Leute von den Bands vor dem Haus auf, als einige Auer Faschos mit dem Auto vorfuhren und nach Feuer fragten. Als einer unserer Freunde näher kam, wurde er aus dem Auto heraus ins Gesicht geschlagen und das Auto fuhr weiter. Daraufhin gingen einige Leute los, um zu schauen, wo sich die Faschos aufhalten, da schon an den Tagen zuvor mehrere Leute von den Nazis zusammengeschlagen bzw, angegriffen wurden.
Im "Blue Moon", einer Disco-Kneipe im Zentrum hatten sich ca. 20 Faschos zur Party versammelt. Daraufhin versammelten sich weitere Leute aus dem Haus vor der Kneipe, um die Faschos zur Rede zu stellen.Diese zogen es jedoch vor, sich in der Kneipe einzuschließen. Dann tauchten sämtliche Einsatzwagen der Auer Polizei auf, die die ca.30 Leute verfolgten und später anhielten. Daraufhin kam es zu leichten Auseinandersetzungen, wobei ein Polizist verletzt wurde. Dieser zog seine Waffe, schrie "Sofort hinlegen oder ich schieße!", worauf alle wegrannten.Er schoß nicht! (hat dieser Staatsdiener noch menschliche Züge?)
Gegen 3 Uhr waren dann alle Leute wieder im Haus.
Sofort begann die Polizei, das Haus zu belagern, Straßen abzusperren und Verstärkung ranzukarren. Dabei kam es zu verstärkten Provokationen wie ständiges Klingeln ("Hier ist die Post"), Ableuchten der Fenster, abspritzen des gesamten Hauses mit Wasser u.a. Auf die Frage der HausbewohnerInnen, was los sei, gab es keinerlei vernünftige Erklärung, nur dumme Bemerkungen, wie z.B. "das werdet ihr noch früh genug merken!"
Diese Situation zog sich über ca.3 Stunden bis 6.30 Uhr hin. Um diese Zeit kam die Aufforderung, das Haus innerhalb von 5 Minuten zu verlassen. Doch schon nach etwa 2 Minuten wurde die Eingangstür aufgehackt und ca. 50 Bullen stürmten ins Haus. Alle Anwesenden wurden auf brutalste Weise aus dem Haus geprügelt, zum Teil nur spärlich bekleidet. Einrichtungsgegenstände wurden herumgeworfen und zerstört, Hunde und Katzen aus dem Haus gezerrt und ins Tierheim abtransportiert. Nach weiteren 3o Minuten wurden die 35 Leute zum Polizeirevier abgeführt.
Dort wurden alle verhört und erkennungsdienstlich mißhandelt (Fingerabdrücke, Fotos). In der Zwischenzeit durchwühlt und verwüstet die Polizei die gesamte Inneneinrichtung des Hauses. Es werden über 1000 Mark gestohlen. Auch Fotos, Negative, Zeitschriften und andere Dinge fehlen.
Für die MieterInnen des Hauses in der Auerhammerstraße gibt es auf dem Revier noch ein Sondergespräch mit dem Leiter des Ordnungsamtes, dem Chef der Gebäudewirtschaft Aue Zimmermann und vier Bullen. Dabei kam es zur weiteren massiven Einschüchterung und der Drohung, sich in Zukunft ruhig und passiv zu verhalten (keine weiteren Aktionen) und der Auflage, daß sich nur die HausbewohnerInnen im Haus aufhalten dürften, ansonsten käme es zu "härterem Vorgehen der Polizei". Außerdem soll am Montag die fristlose Kündigung der Mietverträge eingehen und die Leute auf Einzelwohnungen verteilt werden.
Zwischen 13 und 17 Uhr wurden alle 35 Leute wieder in die freie Unfreiheit entlassen.
Wiedereinmal hat sich gezeigt, wie die staatliche Repression in aller Härte ausfällt, wenn sich Leute gegen Faschisten wehren. Menschenrechte werden mit Füßen getreten, wenn es um die Aufrechterhaltung "deutscher Zucht und Ordnung" geht. Polizeistaat pur.
Schon vor etwa einem Jahr, am 26.11.95, wurde das Haus von 50 Faschos angegriffen, wobei aber der Angriff soweit abgewehrt werden konnte,daß die Nazis nicht ins Haus eindringen konnten. In einigen Wochen, am 25. Oktober`96 beginnt der Prozeß gegen (nur) 6 namentlich bekannte Faschos, die an dem Überfall beteiligt waren. (**A**utonomer **N**achrichten**D**ienst)

Hamburg: Anwerbeversuch gescheitert!

Anwerbeversuch des VS gescheitert!

Am Montag den 23.7.96 wurde X in der Nähe seiner Arbeitsstelle von einem Beamten der Behörde für Inneres angesprochen, der sich als Jürgen Gersson (im folgenden Text JG abgekürzt) vorstellte.
Er war ca. 40 Jahre alt, ca. 185 cm groß, dunkelblond, hatte einen Bart, trug einen legeren Anzug und fuhr einen roten Audi 80 mit dem Kennzeichen HH-PN-2129.

Zum Ablauf des Anwerbeversuchs

Nachdem X wie gewöhnlich nach Arbeitsschluß den Laden in dem er arbeitet verlassen hatte, um zur nahegelegenen Bushaltestelle zu gehen, wurde er von Jürgen Gersson angesprochen.
Wie dieser selber sagte, hatte er bereits 3 Stunden vor dem Geschäft gewartet und es sogar einmal betreten um sich, wie er selber sagte, von X Anwesenheit zu überzeugen.
Da JG es vermeiden wollte, daß X Chef etwas von Gespräch mitbekommt, sprach er ihn erst kurz vor der Bushaltestelle an und forderte ihn freundlich auf, einen Kaffee mit ihm trinken zu gehen.
X folgte JG, im unklaren darüber er eigentlich von ihm wollte, in eine nahegelegene Kneipe, da er davon ausging, es handelte sich um eine berufliche Angelegenheit.
Auf dem Weg in die Kneipe interessierte JG sich für X Arbeitsumstände und stellte entsprechende Fragen, bspw. wann X anfangen würde und wie lange er denn arbeiten müßte. X beantwortete diese Fragen zunächst, fragte dann aber, was JG denn nun genauer von ihm wolle.
Daraufhin erwähnte der VS-Mitarbeiter eine Hausdurchsuchung, die am 17.7.96 im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Unterstützung und Verbreitung der Zeitschrift "radikal" bei X durchgeführt wurde. Seine diesbezügliche Einschätzung war, daß das Verfahren wohl eingestellt werden wird, da es sich sinngemäß ja um nichts großartiges handelt.
Nach diesen, für X etwas überraschend kommenden Äußerungen lenkte JG das Gespräch sofort wieder auf das Thema Arbeit.

X war von JG's Äußerungen zu seinem Verfahren irritiert, war sich jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewußt, um wen es sich bei seinem Gesprächspartner handelte.
In der Kneipe bestellte JG sofort Kaffee und Tee am Tresen,. Dann ging er einmal um den Tisch herum an dem X bereits saß, und wählte einen Platz von dem aus er die ganze Kneipe übersehen konnte.

Nachdem JG seinen Dienstausweis gezeigt hatte,wurde X endgültig klar, daß sein Gegenüber ein Beamter des VS war. Er blieb aber - nunmehr neugierig geworden - sitzen, um zu erfahren, was dieser konkret von ihm wolle.
JG sprach X direkt als "Antifa" an. Er begann von der "starken faschistischen Gegenseite" zu erzählen (Jan Zobel, André Goertz, Thomas Wulff, JN, FAP, NIT) und wies auf ihr eigenes verstärktes Engagement gegen die rechte Szene hin (bspw. Christian Worch).
Auf die Frage, ob X dieses Vorgehen der Behörden denn mitverfolgt hätte, antwortete er mit "Ja".
Das Gespräch wurde von JG im folgenden wieder auf private Themen, wie Arbeit oder Motorrad fahren, gelenkt.
Da X nicht auf JG's privaten Monolog einging, begann dieser wieder, auf die Antifa zu sprechen zu kommen, wobei er betonte, daß sie sich nicht für einzelne Personen interessierten, da diese - wie er sagte - ohnehin alle bekannt wären, bzw. "Neuzugänge" schnell bekannt werden würden.
Sein Interesse gelte vielmehr Diskussionsprozessen der Antifa und deren Einschätzungen zu den Faschisten.
JG ging wieder dazu über, von der Arbeit seiner Behörde zu sprechen, von ihren Veröffentlichungen, in denen sie über "ausländische", "linke" und "rechte" extremistische Gruppierungen berichten und von ihrem allgemeinen guten Wissensstand über die rechte Szene.
Davon ausgehend fragte er X direkt, ob es die Möglichkeit gäbe, ihn über geplante Aktivitäten der Antifa in Kenntnis zu setzen. Seine Argumentation: Er würde der Polizei diese Einschätzungen zukommen lassen und die würden dann - wie er wortwörtlich sagte - zuhause bleiben .

X forderte eine Anwort, warum JG gerade ihn angesprochen habe, woraufhin er antwortete, daß ihm die Personen zugeteilt werden und er keinerlei Einfluß auf das Auswahlverfahren habe.
Seine Aufgabe wäre lediglich die Kontaktaufnahme.
JG begann eine kurze Erläuterung über Aufbau und Aufgaben der Behörde für Inneres, wobei er darauf hinwies, daß Polizei und seine Abteilung getrennt voneinander arbeiten würden und seine Behörde keine Rechte hätte, Leute zur Zusammenarbeit zu zwingen. Die Zusammenarbeit - so JG mehrmals - sei ausschließlich freiwillig.
JG fragte, was X denn für ein Bild von seiner Behörde hätte, um dann abermals auf die rechte Szene zu sprechen zu kommen, die sich ständig abgehört und observiert fühlen. Das wäre aber in der BRD gar nicht möglich, da - wie JG sinngemäß sagte -die rechtlichen Grundlagen hierfür fehlen würden.
X fragte JG nun, ob die von ihm angedeutete wahrscheinliche Einstellung des Verfahrens etwas mit dem Ausgang des Gesprächs zu tun hätte, was dieser verneinte, da ihm dafür die Kompetenzen fehlen würden. Die Einschätzung zum Verfahren wäre rein persönlicher Natur aufgrund der Aktenlage und X wäre ja auch mit einem Anwalt an der Sache dran.
JG fragte dann, ob sich die Beamten bei der Hausdurchsuchung ordentlich benahmen, worauf X sagte, daß sie ihm nicht die Tür eingetreten hätten. JG erzählte von brutalen Vorgehensweisen bei Hausdurchsuchungen von denen er gehört hatte, die er aber nicht gutheißen würde.
Die nun folgende Frage über eine eventuelle Zusammmenarbeit verneinte X deutlich, was JG ohne Zögern akzeptierte, wobei er meinte, X werde nie wieder etwas von ihnen hören.
Nachdem er wissen wollte, ob diese Ablehnung aus Überzeugung geschehe, was X bejahte, fragte er: "Habt Ihr denn darüber schon mal gesprochen?", woraufhin X fragte, was denn mit "Ihr" gemeint wäre, wofür JG sich entschuldigte, die wäre nicht wörtlich gemeint.
Das gesamte Gespräch dauerte ungefähr 20 Minuten, die Aufzeichnungen basieren auf einem Gedächtnisprotokoll.

...denn sie wissen, was sie tun

Der Verfassungsschutz bedient sich bei seinen Anwerbeversuchen einer Vielzahl verschiedener Strategien und Taktiken, die - davon kann ausgegangen werden - konkret auf die anzuwerbende Person und die Begleitumstände angepaßt sind.

Da sie, aber nicht Du den Moment der Kontaktaufnahme kennen, nutzen sie den Überraschungseffekt für sich. Sie bestimmen Ort und Zeit und sind dementsprechend auf die Situation vorbereitet.

Die Strategien, die bei Anwerbeversuchen benutzt werden, kommen dabei in unterschiedlicher Gewichtung zum Tragen.
So gibt es ein offensives Moment, bei dem sie versuchen, Dich mit verschiedenen Mitteln unter Druck zu setzen - seien dies nun anstehende Verfahren, Drogen oder andere Umstände, die Dich in ihren Augen erpreßbar machen.
Zum anderen versuchen sie, Dich über vermeintlich belanglose Themen in eine Unterhaltung zu verwickeln, um überhaupt erst eine Gesprächssituation herzustellen.
Im konkreten Fall sah das so aus, daß der VS'ler X freundlich angesprochen hat, Interesse an seiner Arbeit zeigte, aus Rücksicht auf den Chef die Örtlichkeit wechselte - alles in allem X also das Gefühl gab, von "Mensch zu Mensch" mit ihm reden zu können und sogar persönliche wie politische Interessengleichheit suggerierte.

Elemente eines "idealtypisches Gesprächsschemas" können folgende sein:
Über anscheinend belanglose Themen wie z.B. Hobbies und Arbeit versuchen sie, einen Einstieg zu finden. Das Gespräch wird dann beiläufig auf Themen gelenkt über die Du vermutlich nicht reden willst. Sie zeigen sich interessiert an Dir und an dem, was Du privat machst. Sie stellen kaum direkte Fragen, sondern äußern Feststellungen (Z.B. "Du bist in der Antifa" o.ä.). Sie vermeiden Reizwörter wie "Verfassungsschutz" (sondern 'sprechen von der "Behörde für Inneres" oder "meiner Abteilung"), benutzen Szenevokabular ("Faschos" etc.) und versuchen, Dich als Bündnispartner (z.B. im Kampf gegen den Faschismus) darzustellen. Ihre rhetorische Schulung kann sich auch darin äußern, Dir Fallen zu stellen (z.B. indem sie vom Singular ins Plural verfallen: "Habt Ihr darüber schon mal geredet?")

Dies ist natürlich nur eine sehr allgemein gehaltene Darstellung. Wie oben schon angemerkt, variieren die VS'ler bei ihren Anwerbeversuchen verschiedene Strategien, die sehr genau an die anzuwerbende Person angepaßt sind. Insofern kann es an dieser Stelle nicht darum gehen, jede erdenkliche Taktik durchzuspielen und allgemeingültige Schemata zu verfassen. Die Konsequenz kann deshalb nur heißen...

...Wir reden nicht mit dem Verfassungsschutz

Es ist ein grundsätzlicher Fehler sich auf Gespräche mit dem VS einzulassen.
Da sie wissen, was sie von Dir wollen, wer Du bist und was Du machst und vor allem den Überraschungseffekt auf ihrer Seite haben, bist Du immer in der schlechteren Position.
Wer glaubt, ihnen gewachsen zu sein oder gar irgendwas aufschlußreiches aus ihnen herausbekomen zu können, sollte nicht vergessen, daß diese Leute für solche Gespräche geschult sind und auch aus privaten Äußerungen, kleinsten Reaktion, Mimik und Gestik schon Erkenntnisse über Dich gewinnen.
Es ist auch nicht möglich, "nur mal kurz" zu fragen, was sie denn genau von Dir wollen - sie werden es Dir nicht sagen, sondern Dich hinhalten, bis sie den Zeitpunkt als geeignet ansehen.

Insofern ist ihr Interesse auch, das Gespräch so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, da Du unbewußt Aussagen machen könntest, die Dir vielleicht nicht mal auffallen. So kann schon eine nonverbale Reaktion, bedeutsames Schweigen oder jede Art von Körpersprache Erkenntnisse liefern, die für sie verwertbar sind.

Der Verfassungsschutz ist ein staatliches Instrument, das den Repressionsorganen zuarbeitet und allein aus diesem Grund schon kein Gesprächspartner für uns.

Macht Anwerbeversuche öffentlich!

Keine zusammenarbeit mit VS und Bullen!

Verhaftungsaktion gegen AnarchistInnen in Italien am 17.9.96

Am 17. September fand in Italien eine grossangelegte Verhaftungsaktion im Umfeld der anarchistischen Bewegung statt. Gegen 29 Menschen im Knast und draussen wurde die Anklage der Mitgliedschaft in einer "bewaffneten Bande mit terroristischer Zielsetzung" erhoben.
300 Polizisten verhafteten in den Provinzen Lombardei, Latium, Sizilien und Piemont 10 AnarchistInnen, 9 weitere sind noch gesucht. 10 Leute, unter ihnen Marco Camenisch, sitzen schon im Knast und werden erneut angeklagt.
Im gesamten sind 70 Anklagen erhoben und Dutzende von Durchsuchungen durchgeführt worden, wie Camenisch in einem Papier vom 22. September und il manifesto in einem Artikel vom 18. September schreiben.
Die jetzt stattgefundene Aktion wurde seitens Polizei und Staatsanwaltschaft seit längerem vorbereitet. Polizisten und Richter teilten am 17. September in ihrer Pressekonferenz mit, dass die Anklage auf 2 Jahren Ermittlungstätigkeit beruhe.
Die radikale Anarchoszene hatte dies schon im November letzten Jahres zu spüren bekommen. Damals hatten Carabinieri der operativen Spezialgruppe Wohnungen etlicher AnarchistInnen in etwa 15 Städten Italiens durchsucht, ebenso die Zellen von anarchistischen Gefangenen. Im Frühling 96 wurden die Zellen von Marco Camenisch und Christos Stratigopoulos, im Hochsicherheitsknast von Novara, im Zuge dieser Ermittlungen durchsucht. Anschliessend wurde eine halbjährige Zensur ihrer Post verfügt. Diese hatte zur Folge, dass sie nur noch italienischsprachige Post erhielten, alles Fremdsprachige wurde nach Rom weitergeleitet. Angeblich zur Uebersetzung, bis heute erhielten sie aber keinen dieser Briefe.
Verantwortlich für die damalige wie auch die jetztige Aktion ist der römische Staatsanwalt Antonio Marini, der schon seit längerem als notorischer Verfolger revolutionärer linker Zusammenhänge bekannt ist.
Die Staatsanwaltschaft hat jetzt für die Anklage eine Organisation erfunden, der die Angeklagten angehören sollen, hat sie "Organizazzione Rivoluzionaria Anarchica Insurrezionalista" getauft und auch gleich mit einem Chef versehen, der - welch Fahndungserfolg - ebenfalls verhaftet wurde. Dass eine solche Organisationsform dem anarchistischen Gedankengut gewissermassen zuwiderläuft, scheint sie nicht weiter zu stören.
Das Konstrukt der Staatsanwaltschaft in der 70-seitigen Anklageschrift lautet folgendermassen:
Die sich der Organisation angeschlossenen hätten sich Ende der 80er Jahre von der traditionellen anarchistischen Bewegung distanziert und diese des "Immobilismus" angeklagt. Die anarchistische Bewegung ihrerseits hätte sie des "Terrorismus" beschuldigt. Die Mitglieder seien aufgrund von Freundschaften rekrutiert worden und hätten Raubüberfälle, Sprengstoff- und Brandanschläge, Waffeneinkäufe und Entführungen ausgeführt. In einigen Aktionen hätten sie mit nicht näher bezeichneten "subversiven Zellen und gefährlichen Vereinigungen von Gemeinverbrechern" zusammengearbeitet.
Zur Beweisführung des äusserst vagen Konstrukts wird krampfhaft versucht, Zusammenhänge herzustellen zwischen dem Entführungsfall Silocchi sowie einer weiteren Entführung, dem Auffinden von Waffen und Sprengstoff in einem Keller in Rom und einigen Raubüberfällen, die z.T. von einigen der Angeklagten effektiv ausgeführt wurden und z.T. unaufgeklärt oder willkürlich einigen Angeklagten zur Last gelegt wurden. Ausserdem sollen den Angeklagten anhand eines in einer anarchistischen Zeitung erschienenen Artikels zum Sprengen von Starkstrommasten, Anschläge auf Masten angehängt werden. Auch solidarische Beziehungen müssen massgeblich zur Beweisführung herhalten. Das heisst konkret: Leute, die einander schreiben und zusammen politisch aktiv sind, sind eine bewaffnete Bande.
Soweit ein Bericht von Marco Camenisch, der weiter den Zeitpunkt der Anklageerhebung als taktisch wichtig einschätzt. Denn dieses Konstrukt stützt sich auf die Aussagen einer Pentita (sprich einer Frau, die gegen andere ausgesagt hat), diese sollen wiederum durch das neue Konstrukt gestützt werden. Bei den 2 Prozessen, die sich auf die Aussagen der Pentita stützen, handelt es sich um den Entführungsfall Silocchi und einen Raubüberfall in Trento. Die beiden Verfahren müssen in nächster Zeit vor Kassations- und Apellationsgericht und mit ihrem Ausgang steht und fällt die Glaubwürdigkeit der Pentita.

Von Marco Camenisch wird in der Anklageschrift behauptet, er sei eine führende Person der erfundenen Organisation. Weitere Masten versuchen sie ihm anzuhängen mit der Argumentation, es seien andernorts die gleichen Zünder gefunden worden wie bei ihm. Diese seien ausserdem identisch mit den Beschreibungen von Zündungsbasteleien in der anarchistischen Presse. Diese Zünder werden aber in jedem Steinbruch dieser Welt geführt und Anleitungen zum Basteln zirkulieren ebenfalls schon lange in verschiedensten Zeitschriften. Weiter werden im 70-seitigen Roman Auszüge aus Briefen von Marco Camenisch zitiert, in denen er von Geld und Kassen schreibt - wohl um ihn in Zusammenhang mit den Raubüberfällen zu bringen. Dass es sich dabei um eine Solidaritätskasse zur Unterstützung von politischen Gefangenen handelte, wird gefliessentlich weggelassen.
Soviel zur Anklage von Marco Camenisch, dem nach Erhalt von Haftbefehl und Anklageschrift sogleich der Kontakt mit Christos Stratigopoulos, dem anderen ebenfalls neu angeklagten anarchistischen Gefangenen in Novara, verboten wurde. Beide wurden am letzten Donnerstag (26.9.) zur Einvernahme nach Rom verlegt. natürlich ohne Nachricht an die Angehörigen, welche tags darauf vergeblich zum abgemachten und bewilligten Besuch nach Novara reisten.
Marco Camenisch stellt zur Anklageschrift fest, dass die Staatsanwaltschaft möglicherweise Nachhilfeunterricht zu den Grundprinzipien des Anarchismus gebrauchen könnte, und dass im ganzen Konstrukt vor allem der Entführungsfall Silocchi den Versuch darstellt, die AnarchistInnen kollektiv rufzumorden.
Zum besseren Verständnis eine kurze Anmerkung zum Entführungsfall Silocchi: 1989 wurde in der Provinz Parma die Ehefrau eines Unternehmers entführt. Während den erfolglosen Verhandlung um das Lösegeld wurde dem Ehemann ein Ohr seiner Frau zugestellt. Die Frau ist bis heute verschwunden und die Polizei nimmt an, dass sie tot ist. 1991 wurden AnarchistInnen verhaftet und angeklagt, die Entführung durchgeführt zu haben. Sie wurden ausschliesslich aufgrund von konstruierten Indizien schuldig gesprochen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es wurden Knochen menschlicher Herkunft und ein zerhämmerter Goldring auf dem Besitz der beschuldigten sardischen Hirten gefunden. Später stellte sich heraus, dass der Ehemann einen Hauptmann der Carabinieri bestochen hatte, damit die Knochen dorthin geschafft und dies der Polizei angezeigt wurde. Trotzdem wurde das Urteil gegen die AnarchistInnen 1995 vor dem Appellationsgericht bestätigt! - Soviel zum Fall Silocchi, der auch zeigt, was AnarchistInnen von der italienischen Justiz zu erwarten haben.
Für Marco Camenisch, der in Italien von 12 Jahren Knast 5 abgesessen hat, ist mit dem erneuten Prozess unklar, wieviel Zeit er noch in italienischen Knästen verbringen muss. Klar ist nur, dass er anschliessend an die Schweiz ausgeliefert wird, wo er 1981 zu 10 Jahren verurteilt wurde wegen eines gefällten Strommastens, sich aber nach 1 Jahr in Haft absetzte.
Ueber das jetztige Verfahren gegen AnarchistInnen in Italien ist zur Zeit noch nicht mehr bekannt als die erwähnte Anklageschrift.

Abschrift eines LoRa-Infoberichts vom 3.10.96 /Zürich

18. 9. 96 - Dringend!

Repression gegen AnarchistInnen in Italien nimmt immer krassere Formen an!

In der Nacht vom 16. auf 17. September 1996 gab es gegen die anarchistische Szene Italiens 50 Hausdurchsuchungen in deren Folge 70 Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden (auch gegen Leute, die bereits im Knast sitzen). 20 Haftbefehle wurden ausgestellt bzw. die Leute in Haft genommen; 9 Haftbefehle gab es gegen Leute, die bereits im Knast sitzen.

Die Vorwürfe reichen von Überfällen, subversiver Vereinigung (italienischer § 129a) bis hin zum noch unsinnigeren Vorwurf des (gescheiterten) «Bombenanschlags gegen Menschenmassen».

Anfang dieses Jahres wurden 4 AnarchistInnen mittels einer falschen Kronzeugin für 2 Banküberfälle, die sie nicht begangen haben, zu 6 Jahren Knast verurteilt. Auch von dieser Repressionswelle ist ihr Umfeld betroffen. So wurden der Ehemann der Gefangenen Jean Weir, Alfredo Bonano, sowie die Lebensgefährtin des Gefangenen Antonio Budini ebenfalls verhaftet.

Am 7. November 1996 findet in Trient der Berufungsprozess wegen der beiden Überfälle statt; entsprechend waren viele der nun kriminalisierten Menschen in der Soliarbeit für die Gefangenen und der Vorbereitung auf den Prozess tätig. Der AnarchistInnen-Hasser, Staatsanwalt Marini, will wohl neben der «normalen», ständig zunehmenden Repression gegen @-Zusammenhänge auch dafür sorgen, dass es am 7.11. in Trient kaum noch Leute gibt die den Prozess in Freiheit verfolgen können.

Veröffentlicht die Infos! Kommt zum Prozess nach Trient!
Anarchie & Freiheit! Für ein Leben ohne Knäste! *Geist der Freiheit*

Infos

Broschüre zu den Anklagen gegen Jean Weir, Christos Stragopulos, Antonio Budini und Carlos Terresi für DM 3 — & DM 1 50 Porto bei

Die Lunte, Haus 33
Dogmastr. 33, ,D-80807 München
Hier gibt's dann auch Infos zur aktuellen Repression

Zusammenfassung in «Geist der Freiheit» Nr. 73 (DM 2 — & DM 1 50 Porto)

Geist der Freiheit, c/o IL Moskito
Alte Bergheimer Str.7a
D-69115 Heidelberg

Diskussionsbeitrag zu Bernhard und Michael

Solidarität mit Bernhard und Michael!

Anlaß für unser Schreiben ist die in der Solibewegung weitverbreitete Entsolidarisierung mit den politischen Gefangenen Bernhard Falk und Michael Steinau, die u.a. unter dem Vorwurf der Beteiligungan einem Sprengstoffanschlag am 23.12.95 in Düsseldorf in vollständiger Isolation in den Knästen in Köln Ossendorf und Lübeck sitzen. Wir müssen leider feststellen, daß außer ein paar kläglichen Ansätzen eine Solidarität mit Michael und Bernhard nicht vorhanden ist, sogar offen verweigert, bzw.keine praktische Soliarbeit (davon nehmen wir uns nicht aus) gemacht wird. Dieses (Nicht-)Verhalten ist für uns zu einem unerträglichen Zustand geworden. Wir möchten die Menschen, die den Gefangenen ihre Solidarität verweigern, auffordern, ihr unverständliches Verhalten zu reflektieren und nachvollziehbar zu machen.

Solidarität mit politischen Gefangenen ist für uns kein Selbstzweck, sie ist eine Notwendigkeit linksradikaler Politik. Durch die Soliarbeit bleiben die Gefangenen ein Teil unseres Widerstands und ein Teil unserer Kämpfe. Die HERRschenden können sie nicht aus unseren Köpfen und unseren Herzen verdrängen. Der Kampf um Befreiung schließt notwendigerweise den Kampf um die Befreiung unserer Gefangenen und für eine Gesellschaft ohne Knäste ein. Der Angriff des HERRschaftssystem-richtet sich gegen einzelne, gemeint sind wir alle. Sie greifen linksradikale Politik und linksradikale Strukturen an. Die verschiedenen Angriffe (13.6.95, 26.2.96, etc.) lassen sich nicht isoliert voneinander betrachten, sie gelten uns allen und wir müssen uns gemeinsam gegen sie verteidigen.

Die Solidarität mit politischen Gefangenen definieren wir ganz pragmatisch. Es geht darum, die Gefangenen in ihrem Überleben im Knast zu unterstützen. Beispielsweise schicken wir ihnen Liebe und Kraft durch die Mauer in Form von Briefen, Karten, Päckchen, Abos, Blumen, Bildern, Musik, was immer uns einfällt. Für Gefangenen unter Isolationsbedingungen ist es besonders wichtig zu wissen, daß ihre Isolation nur so weit reicht, wie die Arme ihrer SchließerInnen, aber keinefalls bis in unsere Herzen. Sie sind Bestandteil unseres vielfältigen Wiederstandes, Bestandteil unserer Identität als politisch denkende Menschen. Ihr Schicksal darf uns nicht am Arsch vorbeigehen. Ihre Isolation kann nur gemeinsam durchbrochen werden.

Die Gründe, aus denen Bernhard und Michael die Solidarität verweigert wird, lassen sich in zwei Kategorien aufteilen: Zum einen gibt es persönliche und zum anderen "politische" Gründe.
Wir hören des öfteren Geschichten über Bernhards und Michaels Verhalten in verschiedenen Zusammenhängen, die von Kommentaren wie "total daneben", "völlig unsympathisch", etc. begleitet werden. Wir können solche Kommentare zum Teil nachvollziehen, sehen aber überhaupt nicht ein, daß persönliche Sympathie ausschlaggebend für ein solidarisches Verhalten sein kann. Wenn nur noch "nette" Gefangene unsere Solidarität bekommen, werden unsere politischen Ansprüche unglaubwürdig.
Die "politischen" Gründe für die Entsolidarisierung sind für uns jedoch schwerwiegender als die persönlichen. Die "Solibewegung" verhält sich so, als seien Bernhard und Michael die AIZ oder Teil der AIZ. Damit konstruiert sie etwas, was die Bullen nicht beweisen können. Wenn wir nach Gründen für die Entsolidarisierung von Bernhard und Michael fragen, werden oft Fragmente von AIZ-Erklärungen aus der Tasche gezogen. Von Teilen der "Solibewegung" wird ihnen AIZ-Mitgliedschaft unterstellt und hierauf basiernd die Solidariät entzogen. Eine Distanzierung von der Politik der AIZ zu fordern, ist politisch und juristisch grober Unfug. (Eine Abschwörung wird normalerweise nur von der Staatsanwaltschaft gefordert.) Bernhard und Michael tun das, was wir immer voneinander fordern: sie halten bezüglich der Tatvorwürfe das Maul. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Sollten sich Bernhard und Michael zur AIZ bekennen, werden wir unsere Solidarität zumindest neu überdenken.

Bernhard hat sich und Michael in einem Schreiben zur Ausstellung zu Mumia Abu Jamal als muslimische politische.Gefangene bezeichnet. Diese Äußerung ist die häufigst verwendete Begründung für die Verweigerung der Solidarität. Möglicherweise wird sie von vielen Leuten völlig überbewertet und als willkommener Anlaß für die Entsolidarisierung mit einem "Unsympathischen" verwendet. Wir wissen nicht, was Bernhard mir muslimischer Gefangener meint und wie sein Bezug auf islamische Gruppierungen zu bewerten ist. Für uns steht fest, daß die Leute, die Bernhard und Michael aburteilen, eine solche Äußerung mit den Bildern füllen, die sie vom Islam und von islamischen Bewegungen im Kopf haben. Was Bernhard dazu im Kopf hat, möchten wir auch gerne wissen, aber nicht solange er in U-Haft sitzt. Jede Äußerung dazu könnte von der BAW in ihr Anklagekonstrukt eingebaut werden. Wer in dieser Situation eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Gefangenen einfordert, unterstützt die Arbeit der BAW. Es war ein Fehler der beiden, durch eine nichtkonkretisierte Äußerung ("muslimische Gefangene") Spielraum für wilde Spekulationen zu schaffen; gerade unter dem Aspekt, daß sie sich zum jetzigen Zeitpunkt durch weitere Erklärungen der Gefahr aussetzen, der BAW neues "Beweismaterial" zu liefern.

Zumindest, was Bernhard betrifft, können wir den Eindruck eines Reaktionärs nicht bestätigen. Wir haben ihn vor einigen Jahren kennengelernt und mit ihm politisch gearbeitet. Bernhard hat sich an vielfältigen Aktionen in unserer Stadt beteiligt, war aktiv im Häuserkampf, für politische Gefangene, gegen Militarismus und ist wegen Anschlägen auf Shell-Tankstellen verurteilt worden. Wir haben ihn als Linksradikalen erlebt und er ist als Linksradikaler eingesperrt worden. Er sitzt stellvertretend für viele andere, auch für uns. Vielleicht sitzt er gerade, weil er nicht der "sympathische Typ" ist und die Bullen glauben, ihn besser einmachen zu können als wen anders.

Besonders wichtig ist uns, daß die Forderung nach inhaltlicher Auseinandersetzung mit den Gefangenen zurückgezogen wird (solange das Verfahren läuft, nicht länger!), auch wenn sie von Michael uns Bernhard selber kommen. Wir wollen sie damit nicht entmündigen, halten es nur für möglich, daß innerhalb des Knastes andere Einschätzungen über die juristische Lage bestehen als draußen. Wenn Gefangene sich selbst gefährden, müssen wir nicht einen draufsetzen, indem wir noch mehr Aussagen fordern.

Zusammen leben, lieben, lachen, kämpfen!
Freiheit für Bernhard und Michael!

Leute vom Westzipfel



NACHRICHTEN AUS DEM INTERGALAKTISCHEN

*

VERANSTALTUNGEN ZUR AKTUELLEN SITUATION IN CHIAPAS

*

BERICHTE VOM WELTWEITEN TREFFEN GEGEN NEOLIBERALISMUS VOM 27.7.-3.8.96 IM LAKANDONISCHEN REGENWALD

*

FILMURAUFFÜHRUNG ÜBER DAS TREFFEN

*

DISKUSSION UND VERSUCH EINER EINSCHÄTZUNG WAS DENN NUN ZAPATISMUS IST.

*

ALLE VERANSTALTUNGEN MIT KULTURELLEN ÜBERASCHUNGEN

*

Die Situation in Mexiko spitzt sich zu !!!

Die Regierung verlegt Spezialtruppen in das zapatistische Gebiet.Luft+Landpatrouillen werden fortgesetzt und intensiver. Die Landkolonnen sind mit Panzern und schwerer Bewaffnung ausgerüstet worden.Fakten,die eine neuerliche Offensive befürchten lassen.Verfolgung und Übergriffe auf indegeneFamilien durch paramilitärische Guardias blancas,das Militär + Polizei nehmen zu.Die Schraube des Krieges niedriger Intensität wird fester angezogen.



Veranstaltung von

Colpo

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

Vor 60 Jahren - Beginn der spanischen Revolution
Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg

"The good Fight"

1936 begaben sich über 3000 idealistische junge Amarikaner und Amerikanerinnen nach Spanien, um die bedrohte spanische Demokratie gegen die Faschisten zu verteigigen. The good Fight zeigt den Kampf dieser Menschen.

Videofilm auf Großleinwand
USA, 1984, 98 min.

Donnerstag 17.10. um 21.00

Die Tapferkeit des Idealisten Ernst Toller

Am 1.12.1893 wurde der Dichter "Ernst Toller" geboren. Als Idealist, Dichter, Anarchist und Revolutionär unterstütze er aktiv die revolutionären Strömungen seiner Zeit. Besonders in der Müchener Rälerepublik 1919 war er aktiv.
Die Videobiographie läßt den Mensch Toller lebendig werden.

Videofilm auf Großbild

Dienstag 22.10. um 21.00

Veranstaltungsort:
El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

"Rebellion der Gehenkten"

Es ist die Rebellion der geschändeten Kreatur gegen ihre Ausbeuter, der Mißhandelten und Gemarterten. Schauplatz ist der möderische Dschungel im Osten des mexikanischen Staates Chiapas, wo sich die von B. Traven geschilderten Ereignisse in Wahrheit abgespielt haben.

Videofilm auf Großbild
Mexiko, 1954, 80 min.

"Die Rebellion der Gehenkten" behandelt die Ursachen der Revolution von 1910-1920 in Mexiko. Die "Rebellion" wurde von B. Travens geschrieben mit der Absicht, alle Menschen, die von den Nazis gefoltert und gepeinigt wurden, aufzuwecken und aufzumuntern, damit sie den Mut fänden, sich von jeben Bestien zu befreien.
Treven rief mit diesem Buch den Opfern des Dritten Reiches zu: Gepeinigter Mensch, hast du keine Waffen? Hole sie dir von deinen Peinigern und erschlage sie mit ihren eigenen Waffen.

„Mit dem Bauen von Gefängnissen beginnt überall die Organisation der zivilisierten Staaten"
„Wo ein Diktator oben auf der Leiter sitzt, da sitzen auf allen Sprossen ebenfalls nur Diktatoren. Der Unterschied ist nur der, daß die einen weiter unten sitzen als die anderen."
(B. Traven)

Montag 21.10. um 21.00

Veranstaltungsort:
Cafe Cralle, Hochstädter Str.10A
Berlin-Wedding - S/U-Bahn Leopoldsplatz

m 23.7.96 hat die EZLN zu einem interkontinentalen Treffen eingeladen. 2500 Menschen machten ich auf den Weg in den Lakandonischen Urwald. Einige sind zurückgekommen: Infos, Video ...

15.10.
Frauen/Lesben
eranstaltung im KATO
-Bahn Schlesisches Tor

22.10.
VolksBühne
Roter Salon,
Rosa-Luxenburg Platz

23.10.
Cafe Krähenfuß
Humboldt Uni,
Hauptgebäude

27.10.
EX
Mehringhof
Gneisenaustr. 2a

Alle Veranstaltungen finden 1996 statt und beginnen um 19:00 Uhr

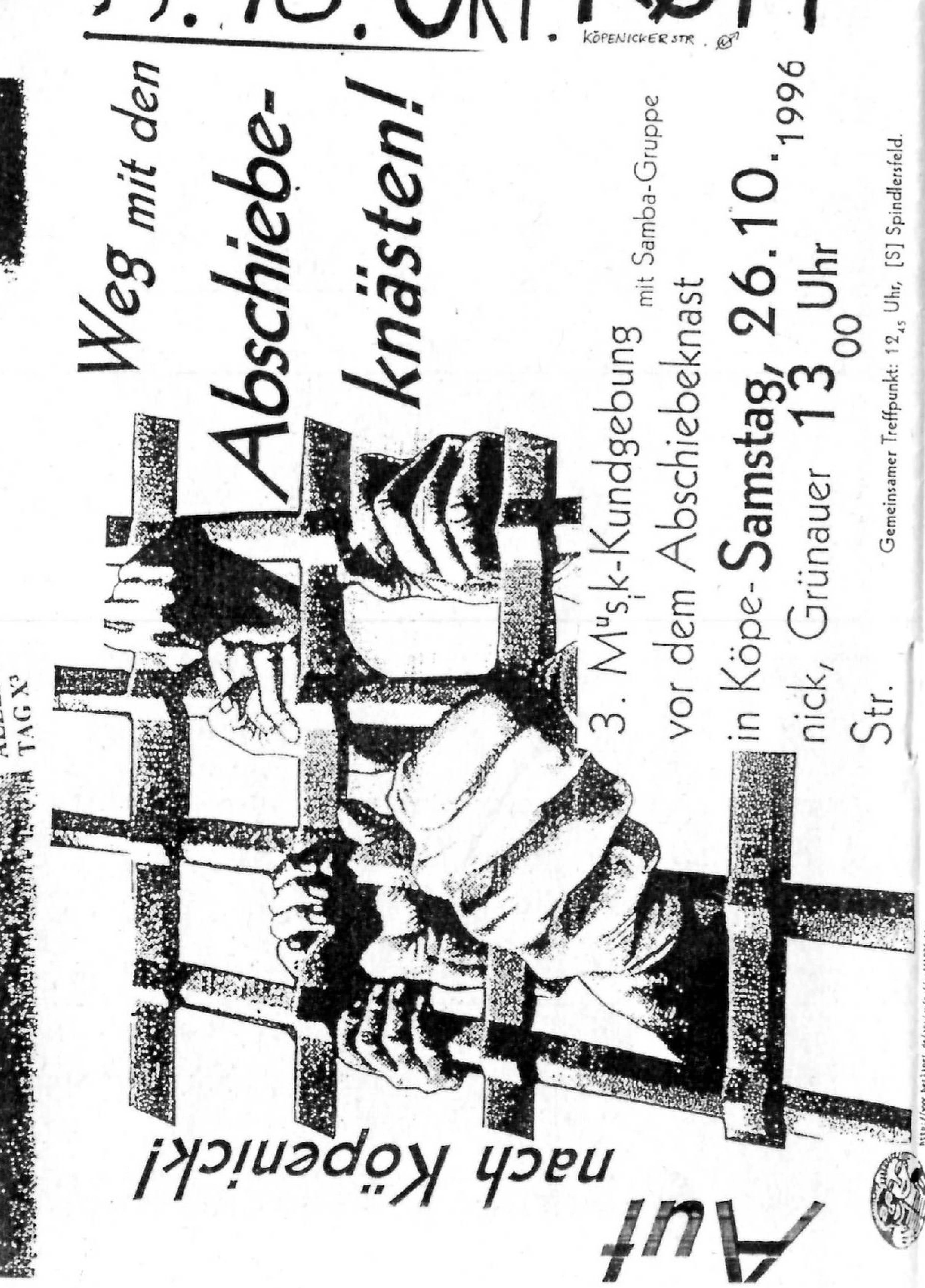




Fr. 18. Okt. KØPI

KÖPENICKER STR.

V.i.S.d.P. N. Punishment



Ruhrgebietsweiter Aktionstag gegen GNS
am 31.10.96, 18.00 Uhr Hauptbahnhof Essen

ORGANISIERT DEN WIDERSTAND IM HINTERLAND
- GORLEBEN IST ÜBERALL

Die Castor Transportfirma GNS (Gesellschaft für Nuklear Service) hat ihre Hauptgeschäftsstelle in der Stadt Essen, von hier aus organisiert sie die Castor-Transporte und schickt sie mit der Deutschen Bahn AG quer durch die Bundesrepublik.
Es reicht uns !!!
Es wird höchste Zeit, den Drahtziehern und Hintermännern der Atommafia auf den Pelz zu rücken.

KOMMT MASSENHAFT ZUM
DEMONSTRATIONSSPEKTAKEL ZUR GNS NACH ESSEN

TAG X³

Außerdem laden wir auch alle netten Leute ein, mit uns gemeinsam Halloween zu feiern - bringt bitte phantasievolle Überraschungen mit ! Halloween ist übrigens das keltische Fest in der Nacht vor Allerheiligen, mit riesigen Feuern wurden die bösen Atommafia - Geister verjagt, in vorchristlicher Zeit wurden in dieser Nacht "alte Rechnungen" beglichen, der Obrigkeit ein Schrecken eingejagt und andere Untaten begangen, im Mittelalter war Halloween die Nacht, in der die Hexen Hexensabbat abhielten.

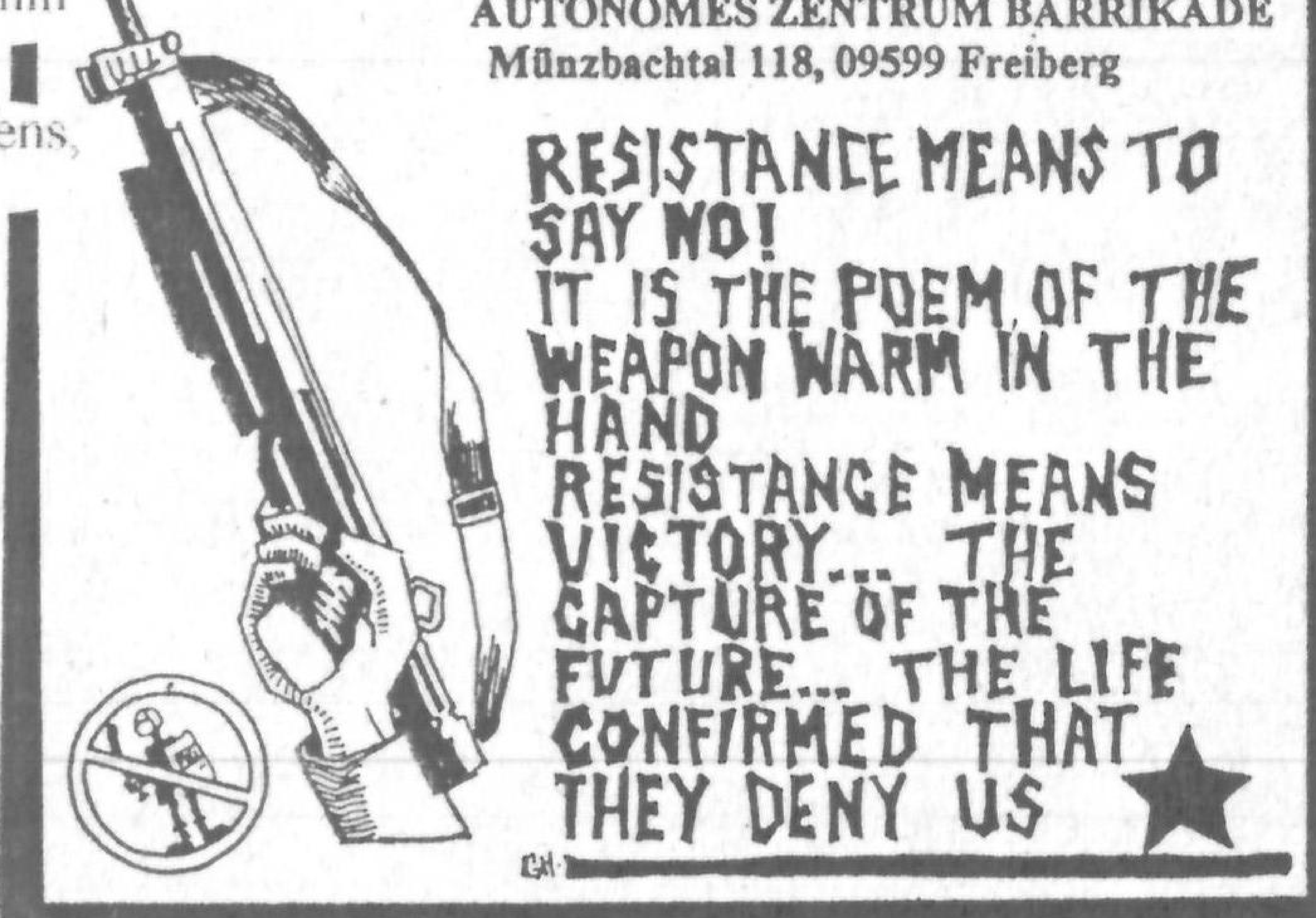
ALLES WIRD TEURER - DER NÄCHSTE CASTOR AUCH -
TAG X³

erste hilfe

Zeitschrift
am Rande der Stadt

Daiserstr. 34 • 81371 München • tel 089-74 79 12 78 • fax 74 79 12 77

How to come through", Lehr- und Dokumentationsfilm, 55 min
ideo über die rassistischen Verhältnisse in D und
ie Praxis des Widerstands am Beispiel des Frankfurter Flughafens,
ı **Größenwahn**, Veranstaltungsetage, Kinzigstr. 9, HH,
m **Sa, 19.10., 20,00 Uhr!**



Aufgrund der Tatsache, daß die Stadt uns für den Bau des Daches kein Geld zur verfügung stellt und wir leider nur wenige Barrikadas sind, laden wir euch ein zum fröhlichen **Dachdecken vom 18. bis zum 20. Oktober 1996**
Kommt zahlreich und bringt soviel mit, wie ihr könnt:

- Werkzeuge (Sägen, Hämmer, Zangen, ...)
- Dachpappe, dachdeckermörtel
- jede Menge Nägel
- Seile
- freiwillige HelferInnen

Laßt uns an diesem Wochenende nicht im Stich !!
Kontonummer: 21 00 41 079
BLZ: 870 306 70 **Unser Spendenkonto**
Schmidtbank e.G.

VIR KÜSSEN DIE BERLINER TIERRECHTSBEWEGUNG WACH !!!!!!!!

s waren einmal ...

in Mann und eine Frau, die hießen "Autonome Bewegung" (Aube) und Tierschutz" (Tisu). Die hatten einen "one night stand", dem ihre Tochter Tierrechtsbewegung" entsprang. Da ihre Eltern sich nicht gut kannten, wuchs as Kind sehr unabhängig zu einer rebellischen Jugendlichen heran. ierrechtsbewegung grundete eigene Gruppen, machte Aktionen und emonstrationen und entwickelte eine eigene Meinung - kurz: sie wurde ein orn im Auge ihrer Eltern und der restlichen Gesellschaft.
ube versuchte seine Vaterschaft anzufechten und hetzte Tierrechtsbewegung en Privatdetektiv "Tiefenrausch" auf den Hals. Die Mutter Tisu bemuhte sich erzweifelt ihr Kind mit der "ja, aber"-Taktik zu zügeln, da sie sich auch egen der veganen Lebensweise um den Sprößling sorgte. Als ierrechtsbewegung langsam volljährig und es den Eltern schließlich zu bunt urde, beauftragten sie die Zauberer "Alles muß pc sein", "Trau keinem - er önnte vom Staatsschutz sein", "Ich hab keine Zeit" und "Auseinandersetzung st mir zu anstrengend", das Kind zum schweigen zu bringen. Die Zauberer elegten Tierrechtsbewegung mit dem Fluch hundert Jahre zu schlafen.

o schlief sie ein - unsere Heldin und mit ihr alle Gruppen und Gruppchen, eilweise noch mit dem Transpi-Malpinsel in der Hand. Alle schliefen.

Alle? - Nein!!!!

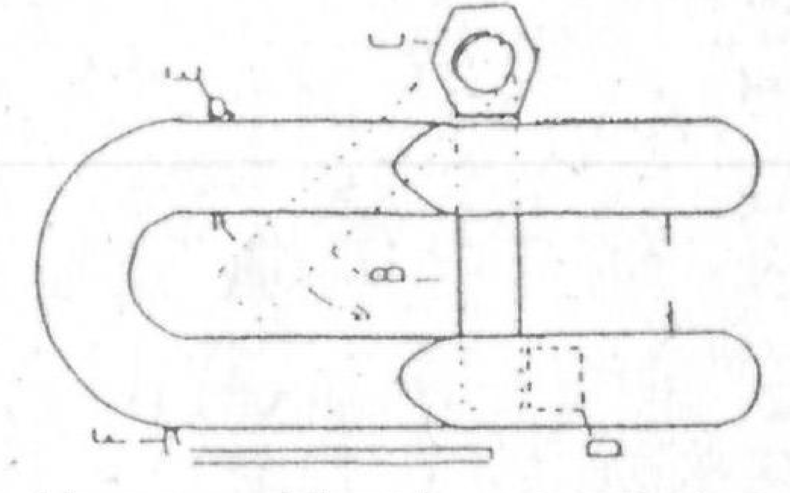
rei tapfere Kampferinnen gegen alle Ausbeutung und Unterdrückung waren erade auf Finnland-Urlaub und entwischten so dem Zauber. Als sie bei ihrer ückkehr die Bescherung sahen, sagten sie den Bösewichten den Kampf an und achten sich auf, um am SONNTAG, den 20.10.96, im CAFE GRÖSSENWAHN die erliner Tierrechtsbewegung **WACHZUKÜSSEN**! Ob ihnen das gelungen ist und ob ie, wenn sie nicht gestorben sind, immer noch glücklich und kämpfend für ie Befreiung von Mensch und Tier leben - erfahrt Ihr nur, wenn Ihr uns esucht...

m 20.10.96 ab 18.00 Uhr im CAFE GRÖSSENWAHN, Kinzigstr. 9, Hinterhaus, U-hf. Samariterstr.
ußerdem gibt es noch leckeres veganes Essen und das Original "Animal iberation Front"-Video (Teil I + II)zu sehen!!



DER WURFANKER

linksradikales anti-akw-info



Die Nullnummer des „Wurfankers" ist erschienen und liegt in gutsortierten Infoläden aus. Ihr müßt einfach suchen. Mit diesem Blättle wollen wir in unregelmäßigen Abständen einen Beitrag für revolutionären Anti-AKW-Widerstand leisten, aus der Bewegung, für die Bewegung.
In der Nullnummer erfahrt Ihr so allerhand: Infos über das BRD-Atomprogramm aus linksradikaler, antikapitalistischer Sicht, Mastumsägen leichtgemacht, how to create a wurfanker, etc. Bald wird die Nummer 1 erscheinen.

Wir freuen uns über die Initiative des „Kommunique autonomer Gruppen" - Stop die Bahn, Stop den Castor!!!
Grüße an die Untergetauchten und Gesuchten- laßt Euch nicht erwischen!
Nachtsichtgeräte zu Flugscharen!
Und: Anna Atom und Artur AKW halten's Maul!

Wir laden Euch zum Tanz

jeden dritten Sonnabend im Monat

EX-DISCO

SA 19.10. 22 UHR

GNEISENAUSTR. 2A U MEHRINGDAMM

KNEIPENKOLLEKTIV EX MEHRINGHOF

GNEISENAUSTR. 2a 10961 BERLIN ☎ 6935800